

## Auseinandersetzung mit der Partei „DIE RECHTE“



**Aktualisierte  
4. Auflage**

# ALTERHAAS

# in neuen Kleidern



## **BackUp - ComeBack**

### **Westfälischer Verein für die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus e.V.**

Dieser zivilgesellschaftliche Verein wurde im Juni 2013 in Hamm gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern zählen viele prominente Personen aus den unterschiedlichsten Institutionen und Organisationen im westfälischen Landesteil von NRW. Der Verein hat im Januar 2014 offiziell die Trägerschaft für die beiden Beratungs-Einrichtungen BackUp und ComeBack übernommen, die bis dahin dankenswerterweise vom Paritätischen Wohlfahrtsverband in Dortmund geleistet wurde.

Der in der Mitte der Gesellschaft angesiedelte gemeinnützige Verein finanziert die beiden getrennten Beratungseinrichtungen sowie weitere mögliche Arbeitsmodule der offensiven Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus über Fördermittel des Landes NRW, der Stadt Dortmund sowie über Sponsoren- und Spendengelder von Institutionen und Privatpersonen. Der Verein ist daher auch sehr daran interessiert, den Kreis seiner Mitglieder und Fördermitglieder kontinuierlich zu erweitern, um der gesamten Arbeit eine breite Basis und Verankerung in der Gesellschaft zu geben.

Dem Verein ist es wichtig, durch die Unterstützung der Opfer rechtsextremer Gewalt, die Hilfeangebote für Ausstiegswillige aus der rechtsextremen Szene sowie eine aufklärende Öffentlichkeitsarbeit zusammen mit vielen anderen Partnern in dem landesweiten Netzwerk den Rechtsextremismus mit seiner menschenverachtenden und gewalttätigen Ideologie, die unmittelbar an den historischen Nationalsozialismus anknüpft, zurückzudrängen und die demokratische Kultur zu stärken.

#### **BackUp-ComeBack...e.V.**

Hartmut Anders-Hoepgen (Vors.)

Tel.: 0172 309 47 46

E-Mail: [info@backup-comeback.de](mailto:info@backup-comeback.de)

#### **IMPRESSUM/ V.i.S.d.P.:**

##### **BackUp – ComeBack**

Westfälischer Verein für die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus e.V.

Vorsitzender: Hartmut Anders-Hoepgen

Stefanstraße 2, 44135 Dortmund

Wir bedanken uns bei der Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie für die Unterstützung bei der Erstellung dieser Broschüre.

# „Alter Hass in neuen Kleidern“

## Vorwort zu Auseinandersetzung mit der Partei „DIE RECHTE“

### 4. aktualisierte und erweiterte Ausgabe - Stand 12/2018

Als Träger des Modellprojekts Co-Ba-Yana vereint der zivilgesellschaftliche Verein BackUp - ComeBack viele prominente Personen aus den unterschiedlichsten Institutionen und Organisationen in Westfalen, die sich ehrenamtlich gegen den Rechtsextremismus engagieren.

Die Etablierung einer Ausstiegsberatung und Einstiegsprävention in Dortmund besitzt für den Verein einen hohen Stellenwert, geht es uns doch auch darum zu verhindern, dass die Stadtgesellschaft von einer steigenden Zahl potentieller rechtsextremer Gewalttäter bedroht wird.

Die Stadt Dortmund wurde in den letzten Jahrzehnten wiederholt mit rechtsextremen Gewalttaten konfrontiert, die zum Teil bis hin zum Mord führten. In diesem Sinne ist für uns die erfolgreiche Einstiegsprävention zugleich Teil des Schutzes prospektiver Opfer rechtsextremen Terrors.

Mit dieser Broschüre in der vierten Auflage - abermals aktualisiert und erweitert - möchten wir in diesem Sinne Informationen über die Partei „DIE RECHTE“ zur Verfügung stellen, deren Politik aus unserer Sicht nicht von der Ideologie der rechtsextremen Gewalttäter getrennt betrachtet werden kann. Da nur eine gut informierte Zivilgesellschaft in der Lage ist, sich der Problemlage in Dortmund zu stellen, möchten wir hiermit einen Beitrag für eine aktive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus leisten.

Der in der Mitte der Gesellschaft angesiedelte Verein finanziert die Beratungseinrichtung CoBa - Yana als Teil seines Engagements im Sinne einer offensiven Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zum einen über Fördermittel des Bundesprogramms „Demokratie Leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Stadt Dortmund und zum anderen

über Sponsoren- und Spendengelder von Institutionen und Privatpersonen. Der Verein ist daher auch daran interessiert, den Kreis seiner Mitglieder und Fördermitglieder kontinuierlich zu erweitern, um der Arbeit von Co-Ba-Yana und dem Engagement des Vereins eine breite Basis und Verankerung in der Gesellschaft zu geben.

Dem Verein ist es wichtig, durch die Hilfsangebote für gefährdete junge Menschen und Ausstiegswillige aus der rechtsextremen Szene sowie einer Öffentlichkeitsarbeit zusammen mit vielen anderen Partnern in den landes- und bundesweiten Netzwerken den Rechtsextremismus mit seiner menschenverachtenden und gewalttätigen Ideologie, die unmittelbar an den historischen Nationalsozialismus anknüpft, zurückzudrängen und die demokratische Kultur zu stärken.

Hartmut Anders-Hoepgen  
(Vorsitzender BackUp-ComeBack e.V.)  
E-Mail: [info@backup-comeback.de](mailto:info@backup-comeback.de)

## **Themenübersicht**

<b>Vom „Nationalen Widerstand“ zur Partei „DIE RECHTE“</b>	<b>5</b>
<b>„Die Bewegung braucht keine Parteien“</b>	<b>6</b>
<b>Was versteht man unter Raumkampf?</b>	<b>9</b>
<b>„Von der Südtribüne in den Stadtrat“ (2014)</b>	<b>13</b>
<b>Viel Lärm, aber kein Wahlerfolg für „Rechtsaußen“</b>	<b>15</b>
<b>Der Wahlabend und der „Rathaussturm“</b>	<b>18</b>
<b>Geldquelle „Ratsgruppe“</b>	<b>22</b>
<b>Ehemaliger AfD-Sprecher läuft zu Neonazis über</b>	<b>25</b>
<b>25-Punkte-Programm zur Europawahl (2019)</b>	<b>26</b>
<b>Überfremdungsnarrative – Angsträume und Nordstadt</b>	<b>28</b>
<b>Die Rolle von Fußball und Kampfsport</b>	<b>34</b>
<b>Antisemitismus und „Israel-Kritik“</b>	<b>37</b>
<b>Die Holocaust-Leugnerin und „Die Rechte“</b>	<b>39</b>
<b>Kirchturmbesetzung – alles nur geklaut?</b>	<b>42</b>
<b>Die Medienstrategie der Neonazis</b>	<b>43</b>



## Vom „Nationalen Widerstand Dortmund“ zur Partei „DIE RECHTE“

Rund 400 überwiegend junge Leute ziehen an einem Samstag im August 2013 durch Dortmunder Straßen. Eine „Wahlkampfdemonstration“ soll der Aufzug drei Wochen vor der Bundestagswahl sein.

Mit Sympathiewerbung oder einer gefälligen Außendarstellung, wie man es von einer Partei so kurz vor einer Wahl vermuten könnte, hat die Veranstaltung freilich wenig zu tun. „Alles für Volk, Rasse und Nation!“, grölen die in den ersten Reihen. „Wir sind weiß, ihr seid rot – für die Rasse in den Tod!“ und „Nationaler Sozialismus jetzt!“ Einige Teilnehmer suchen die direkte Konfrontation mit Gegendemonstranten;



Journalisten werden bedroht. Einer der Redner hat sich mit einer Sturmhaube maskiert. Ein anderer verlangt von seinen Zuhörern militärische Disziplin wie im Krieg: Man müsse, ruft er, bereit sein, auch sein Leben zu geben.

„Wir wollen ein freies deutsches Reich“, donnert ein dritter Redner ins Mikro und wettet gegen die „Bande in den Parlamenten“, die „der Furor Teutonicus irgendwann hinwegfegen“ werde. Die Demonstration zieht weiter. „Macht den Linken richtig Dampf: Straßenkampf, Straßenkampf!“ wird skandiert – und das Bekenntnis zur NSDAP gleich per Fronttransparent vorneweg getragen: „25 Punkte gegen eure Verbote!“ ist dort in Anspielung auf das „25-Punkte-Programm“ der NSDAP zu lesen.

„DIE RECHTE“ demonstriert an diesem Tag in Dortmund. Sie hat in NRW die Nachfolge verbotener Neonazi-„Kameradschaften“ angetreten. Unter dem Label einer Partei machen Dortmunds Neonazis weiter, als wäre nichts gewesen. Ungebrochen scheint auch ihr

Bekenntnis zum Nationalsozialismus. Über Jahre hatte sich Dortmunds Neonaziszene zur größten und aktivsten im Westen der Republik entwickelt. Für manche extrem rechte Gruppen andernorts war sie Vorbild, insbesondere für Neonazis aus dem Spektrum der „Autonomen Nationalisten“. Wichtigste Gruppierung in der Ruhrgebietsstadt war der Nationale Widerstand Dortmund (NWDO).

Im August 2012 verbot das NRW-Innenministerium den NWDO. Auf mehr als 60 Seiten zeichneten die Juristen des Ministeriums in ihrer Verbotsvorfügung das Bild der Neonazi-Truppe nach: Auf der Basis des Nationalsozialismus und in Anlehnung an die SA habe sich eine Vereinigung gebildet, deren Mitglieder Gewalt nicht nur rechtfertigen, sondern die teilweise selbst gewalttätig würden.

Sie kamen anschließend bei der Partei „DIE RECHTE“ unter, die von führenden Aktivisten des Nationalen Widerstandes gegründet wurde.

# „Die Bewegung braucht keine Parteien“ – und doch gründeten sie „DIE RECHTE“



Christian Worch

Als Christian Worch im Mai 2012 verkündete, dass er eine Partei mit dem Namen „DIE RECHTE“ (DR) gegründet hat, war die Verwunderung groß. Seit seinem Engagement bei der FAP, die aber nur als Auffangstruktur für die verbotene neonazistische ANS von Michael Kühnen diente, hatte er sich von Parteien ferngehalten.

Mitte der 2000er Jahre traten mehrere führende Neonazis in die NPD ein. Worch war die prominente Ausnahme. Seine Webseite öffnet bis heute (Stand: Dezember 2018) mit dem Bild einer neonazistischen Demo mit dem gut lesbaren Transparent „Die Bewegung braucht keine Parteien“. Ebenso irritierend ist, dass er mit der Partei angeblich das Erbe der DVU antreten wolle. So war die DVU während ihres 24jährigen Bestehens als Partei stets eine „Phantompartei“ geblieben, die zu keiner Zeit ein aktives Parteileben entfaltete.

## Neonazi-Sammelbecken

Nach Gründung der Partei gab es im Rechtsextremismus kaum eine Resonanz und es traten nur eine handvoll ehemaliger DVU-Mitglieder ein. Dies änderte sich schlagartig, als in Nordrhein-Westfalen das Innenministerium die drei aktivsten neonazistischen Kameradschaften - die Kameradschaft Aachener Land (KAL), den Nationalen Widerstand Dortmund (NWDO) und die Kameradschaft Hamm - nach dem Vereinsgesetz verbot.

Die Neonazis reagierten kurz danach mit der Gründung des Landesverbandes von „DIE RECHTE“ in Nordrhein-Westfalen. Die verbotenen Kameradschaften wurden in Kreisverbände überführt – und die Aktivisten wurden zu Parteimitgliedern. Erster Landesvorsitzender war der Dortmunder Dennis Giemsch, einer der Stellvertreter der Hammer Sascha Krolzig.

Ziel des Landesverbandes ist es, die bisherigen neonazistischen Aktivitäten nunmehr im Schutz des sogenannten Parteienprivilegs zu betreiben und neonazistische Propaganda zu verbreiten.

Die Strategie, mit Provokation Öffentlichkeit zu erreichen, wird von anderen Landesverbänden übernommen. Viele Aktivisten halten enge Kontakte nach Dorstfeld.

## Zehn Landesverbände

Es gibt zehn Landesverbände (wovon der Landesverband „Südwest“ die Länder Rheinland-Pfalz und Saarland umfasst) und rund 25 Kreisverbände sowie „Stützpunkte“ (Stand Dezember 2017 – VS Bund 2017). Gleichwohl sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Parteigliederungen enorm. Während der Landesverband NRW rund 270 Mitglieder zählt, weisen mehrere Landesverbände kaum mehr als 30 Mitglieder auf. Überdies dürften einige Kreisverbände nur auf dem Papier, beziehungsweise bei Facebook existieren.

Obschon inzwischen weitere Landesverbände gegründet wurden, dominiert der Landesverband Nordrhein-Westfalen deutlich die Partei. 270 der 650 Mitglieder (Stand Dezember 2017/ VS NRW 2017) stammt dort her. Auch wenn nicht alle Neonazis in die Partei eingetreten sind, organisierte die Partei in NRW über Jahre inzwischen nahezu alle neonazistischen Aktivitäten.

Zudem wechselten einige von der NPD zu „DIE RECHTE“, weil sie die NPD unter dem Druck des damals laufenden Parteiverbotsverfahrens als zu gemäßigt empfanden und die Ausgrenzung von Neonazis nicht akzeptieren wollten.

In einer Erklärung von Düsseldorfener Parteiewechselern im April 2013 hieß es: „Der Versuch der Volksfront unter dem Dach der NPD ist als gescheitert zu betrachten. Die Reaktion hat das Ruder dort wieder an sich gerissen“. Insofern präsentiert sich „DIE RECHTE“ in NRW als rechte Alternative zur NPD.

Am 27. Oktober 2012 gründeten sich die Kreisverbände Dortmund, Hamm, Mülheim an der Ruhr und Rhein-Erft-Kreis. Kurz nach der Gründung veröffentlichte der Dortmunder Kreisverband einen Artikel unter dem Titel „Wider der Medienhysterie: Verbotskeule wirkungslos“, in dem er die eigene Anhängerschaft zu überzeugen versucht, in die Partei einzutreten. Inhaltlich beschreibt der Artikel, wie durch den Parteistatus die Folgen des Vereinsverbots ausgehebelt werden können und dass dies der Zweck sei, sich als Partei zu organisieren.

### „SS-Siggi“ als Vorsitzender

Erster Vorsitzender des Dortmunder Kreisverbandes wurde Siegfried („SS-Siggi“) Borchardt, ehemals Landes- und stellvertretender Bundesvorsitzender der 1995 verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP). Borchardt hatte in den 80er Jahren die Neonazi-Hooligantruppe Borussenfront aufgebaut.

Nach dem Verbot der FAP führte er die Kameradschaft Dortmund an. Mitglied war er einst in der Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten“ (ANS/NA), der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF) und der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene (HNG). Bei der Rechten ist der DR-Kreisverband Dortmund mit Abstand der aktivste.



Die Neonaziszene der Stadt, nun in Gestalt einer Partei, konnte die Rückschläge, die sie durch das Verbot des NWDO hinnehmen musste, schnell kompensieren. Im Internet ist sie (mindestens) so präsent wie zuvor. Auch über die für Veranstaltungen benötigte Logistik – vom Fahrzeug bis zur Lautsprecheranlage – verfügte die Gruppe rasch wieder.

Der im Zuge des NWDO-Verbots aufgelöste „Resistore-Versand“ fand einen Nachfolger: den „Antisem-Versand“, der bereits mit der Wahl seines Namens und seiner Internetadresse „antidem.it“ die Gesinnung seiner Hintermänner erkennen lässt. Durch den Verlust der italienischen Domain residiert der Versandhandel mittlerweile unter „Patrioten-Propaganda“.

Wie bereits der NWDO versucht auch „DIE RECHTE“, mit Rechtsrock Nachwuchs für sich zu ködern bzw. mit Konzert-„Events“ den inneren Zusammenhalt zu stärken. Mittlerweile bilden aber auch Kampfsport-Aktivitäten eine wichtige Säule für Mobilisierung, Organisation und Finanzierung. So wird beispielsweise der Szene-Event „Kampf der Nibelungen“ von Neonazi-Kader Alexander Deptolla aus Dorstfeld organisiert.

### Fehlende Wahlerfolge

Obwohl eine Kandidatur eigentlich nicht geplant war, trat „DIE RECHTE“ bei der Bundestagswahl 2013 in NRW an – offenbar mit dem Ziel, den Status als Partei zu festigen und so die Gefahr zu minimieren, dass der von militanten Neonazis geführte

Landesverband ähnlich wie der NWDO verboten werden würde.

Tatsächlich hat die Strategie, sich unter das Dach einer Partei zu begeben, bisher Erfolg: Im März 2013 erklärte das NRW-Innenministerium, für „DIE RECHTE“ gelte das Parteienprivileg. Durch die Feststellung des Parteienstatus sei ein Verbot als „Ersatzorganisation“ der Kameradschaften gegenwärtig nicht möglich.

Ihre Vergangenheit im Lager militant-neonazistischer Kameradschaften konnten – und wollten – die DR-Akteure in NRW auch im Wahlkampf nicht ablegen. Ein „Spitzenkandidat“, der demokratischen Politikern indirekt den Tod androhte, „Wahlkampfdemonstrationen“, bei denen der „Straßenkampf“ gefordert wurde, eine Demo, bei der fünf Menschen durch den Wurf eines Sprengkörpers verletzt wurden, Wahlplakate mit dem Konterfei des Holocaust-Leugners Horst Mahler, das 25-Punkte-Programm der NSDAP als Vorbild: Seit dem Verbot der FAP war keine Rechtsaußenpartei so ungeschminkt militant und neonazistisch aufgetreten wie „DIE RECHTE“ im Bundestagswahlkampf 2013.

Das Wahlergebnis war freilich ein Desaster. Im Wahlkreis Dortmund I votierten 125 Bürger für die Partei (0,085 Prozent), in Dortmund II gar nur 50 Bürger (0,037 Prozent). NRW-weit holte „DIE RECHTE“ gerade einmal 2245 Stimmen (0,02 Prozent). Gescheitert waren die Bemühungen, bei der Europawahl antreten zu können. „DIE RECHTE“ bekam die erforderlichen 4000 Unterstützungsunterschriften nicht zusammen.



## Neonazistische Prägung

Die neonazistische Prägung des ersten Landesverbandes der Partei wirkte sich auf die weitere Parteientwicklung aus. So bildete sich beispielsweise der Berliner Landesverband zu einem Großteil aus Personen, die ehemals der verbotenen Kameradschaft Frontbann 24 angehörten. In Baden-Württemberg wurde ein Neonazi Landesvorsitzender, der zugleich als Anführer der „Autonomen Nationalisten Göppingen“ fungierte. Das Innenministerium Baden-Württemberg hat im Dezember 2014 diese Gruppe nach dem Vereinsgesetz verboten, weil sie eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus aufwies und gewalttätig auftrat.

Dass Worch mit dieser Ausrichtung der Partei anscheinend keine Probleme hat(te), zeigte sich Ende 2013, als es darum ging, einen Spitzenkandidaten für einen möglichen Antritt bei den Europawahlen im Mai 2014 zu finden. Er fand ihn in Sven Skoda.

Auf „DortmundEcho“ fand sich folgende Begründung: „Seine Nominierung soll auf europäischer Bühne aufzeigen, wie es um die Meinungsfreiheit, sowie die gesetzliche Gleichbehandlung, in Deutschland tatsächlich steht – getreu dem Beispiel des IRA-Aktivisten Bobby Sands, der ebenfalls in Haft sitzend bei einer Wahl kandidierte und letztendlich sogar ins britische Unterhaus gewählt wurde.“

Skoda befand sich zum Zeitpunkt seiner Nominierung nämlich in Untersuchungshaft, weil er wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, des neonazistischen „Aktionsbüro Mittelrhein“, in Koblenz angeklagt war.

Kurz nach seiner Entlassung aus der Untersuchungshaft trat er im Januar 2014 bei einer rechtsextremistischen Veranstaltung in Magdeburg als Redner auf und ist bis heute nicht nur ständiger Gast und Redner bei Demonstrationen der Partei „Die Rechte“, sondern mittlerweile auch einer der beiden Bundesvorsitzenden.

Dort bekannte er sich freimütig zum Nationalsozialismus: „Egal wen wir damit angreifen müssen, wir werden nicht weichen, wir werden dafür sorgen, dass die Synthese aus Nationalismus und Sozialismus wieder die Gestalt unseres Volkes prägen wird. In diesem Sinne: Nichts für uns, alles für ein freies, nationales und sozialistisches Deutschland.“

## Kampf gegen das System

Die ideologischen Schwerpunkte der Partei „DIE RECHTE“ bilden Neonationalsozialismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Zahlreiche Kundgebungen und Internetverlautbarungen richten sich gegen „staatliche Repression“ und Zuwanderung. Bei ihren Propagandaaktionen setzen Parteimitglieder mitunter verstärkt auf Provokation des politischen Gegners und der Polizei.

„DIE RECHTE“ lehnt den Parlamentarismus grundsätzlich ab und betrachtet die Organisationsform einer politischen Partei lediglich als Mittel zum Zweck für ihren Kampf gegen das „System“. Einige Unterorganisationen der Partei haben sich zu Auffangbecken für Neonazis entwickelt und Funktionen verbotener Neonazi-Gruppierungen übernommen.

Der Bundesverband setzte unter dem Vorsitz von Christian Worch bis 2017

kaum Impulse. Allerdings achtet der Parteigründer darauf, dass die Organisation formell die Anforderungen an eine Partei erfüllt, insbesondere dass sie zu Wahlen antritt.

So begründete er den Antritt zur Bundestagswahl mit einer Landesliste in NRW folgendermaßen: „Wir haben uns jedoch im Februar dafür entschieden, weil eine dummschwätzende junge Abgeordnete der Linkspartei meinte, Nordrhein-Westfalens IM (= Innenminister) Jäger (auch bekannt als „Nazi-Jäger“) assistieren zu müssen. In einer Mischung aus Ahnungslosigkeit und Böswilligkeit verbreitete sie sich darüber, „DIE RECHTE“ könne ja wohl keine eigenständige Partei sein [...] Da haben wir eben beschlossen, sowohl dieser Dame als auch IM Jäger den praktischen Beweis zu liefern, dass wir sehr wohl gewillt und imstande sind, uns auf einen Wahlzettel setzen zu lassen.“ Als die Partei dann 2245 Stimmen holte, feierte „DIE RECHTE“ Hamm dieses magere Ergebnis trotzdem als Erfolg, weil damit der Parteistatus gefestigt werde.

Erst durch die Übernahme des Vorsitzes durch zunächst Christoph Drewer (am 1. November 2017 kommissarisch) und dann bei Neuwahlen durch Michael Brück und Sascha Krolzig als Führungs-Duo 2018 entwickelte er eigenständige Aktivitäten. Der Sitz der Partei wechselte von Worchs Privatadresse in Parchim nach Dortmund-Dorstfeld. Mittlerweile bilden Sascha Krolzig und Sven Skoda die Doppelspitze. Michael Brück ist Stellvertretender Bundesvorsitzender und Bundesgeschäftsführer der Partei.

Der Landesverband NRW und insbesondere der Dortmunder Kreisverband hat für Teile der Partei Modellcharakter. Er ist vor allem ein Sammelbecken von Neonazis, die aus den 2012 verbotenen Kameradschaften kommen. Die Führung des Landesverbandes sowie der aktiven Kreisverbände wurde von langjährigen Aktivisten übernommen, die bereits Führungsaufgaben in den damaligen Kameradschaften innehatten.





# Was versteht man unter Raumkampf?

Der moderne Rechtsextremismus lässt sich als „Raumordnungsbewegung“ verstehen. Neonazis versuchen Sozialräume kulturell und politisch zu dominieren, um über solche zunächst begrenzten Zonen erweiterten Einfluss auf Gesellschaft, Kultur (und langfristig auch Politik) zu nehmen. Sie bezeichnen solche vermeintlichen Freiräume selbst als „National befreite Zonen“ oder moderner „Nazi-Kieze“.

Dort arbeiten sie an der Schaffung kultureller Hegemonie in der Zivilgesellschaft, mit dem langfristigen Ziel der Beseitigung der Demokratie (zugunsten eines autoritären völkischen Systems). Kurzfristig gilt es, als Akteur im Sozialraum wahrgenommen zu werden und Menschen durch die alltägliche Konfrontation mit rechtsextremem Gedankengut und menschenverachtenden Ideologien an diese zu gewöhnen und zu desensibilisieren.

Rechtsextremer Raumkampf ist also vor allem ein Kampf um Normalität. Er lässt sich dabei in vier Stufen einteilen:

1. Provokationsgewinne: Rechtsextreme Gruppen versuchen, sich über erste öffentliche Auftritte und das Markieren von Räumen durch Symbole, Plakate oder Sprühereien als

ernstzunehmende Gruppe im Sozialraum zu präsentieren.

2. Räumungsgewinne: Rechtsextreme Gruppen versuchen, andere Gruppen an bestimmten Orten zu verdrängen - mit dem Ziel, die kulturelle Hegemonie in begrenzten Räumen zu bestimmten Zeiten zu erlangen.

3. Raumgewinne: Rechtsextreme Gruppen präsentieren sich öffentlich als lokale Wirkungsmacht. Bestimmte Räume gelten als ihr Terrain. Andere Gruppen meiden diese Orte, potenzielle Opfer begreifen die Orte als Angstzonen, die nicht oder nur mit besonderer Vorsicht zu betreten sind.

4. Normalisierungsgewinne: Der Rechtsextremismus ist etabliert und rechtsextreme Gruppen gelten als selbstverständlich. Die Ausgrenzung schwacher Gruppen wird allgemein akzeptiert. Es findet vor Ort kaum noch eine Problemwahrnehmung statt. Der Rechtsextremismus ist ein normaler Bestandteil der örtlichen politischen Kultur und kann kaum noch kritisch thematisiert werden. Die Akzeptanz der lokalen Bevölkerung dient als Legitimation weiterer Aktivitäten.

## Was ist ein „Nazi-Kieze“?

Der Versuch der Rechtsextremen, durch Raumkampf sogenannte „Nazi-Kieze“ oder „National befreite Zonen“ zu schaffen, ist keine neue Strategie. Die Neonazi-Zeitschrift „Vorderste Front“ (VF) schrieb 1991 in ihrer zweiten Ausgabe: „Schafft befreite Zonen“. Darin fordern die Autor\*innen die „Etablierung einer Gegenmacht“ zu staatlichen Strukturen und einer vermeintlich „linken“ Mainstream-Kultur.

Darunter verstehen sie das Schaffen von „Freiräumen, in denen WIR faktisch die Macht ausüben, in denen WIR sanktionsfähig sind, d.h. WIR bestrafen Abweichler und Feinde, WIR unterstützen Kampfgefährtinnen und -gefährten, WIR helfen unterdrückten, ausgegrenzten und verfolgten Mitbürgern.“

Erklärtes Ziel ist damit, Gebiete zu schaffen, in denen das staatliche Gewaltmonopol nicht mehr zum Tragen kommt und Rechtsextreme allein das Sagen haben. Andersdenkende und Politische Gegner\*innen sollen eingeschüchtert werden, um ihrem Engagement entgegen zu wirken. Ein aktuelleres internes Strategiepapier von Neonazis argumentiert für die Notwendigkeit „deutscher Kieze“ nicht



nur mit dem Kampf gegen Staat und politische Gegner\*innen, sondern auch mit der angeblichen „Überfremdung“ deutscher Großstädte. Viertel, in denen „Deutsche“ wohnen, seien generell „schön, friedlich und sauber“, sogenannte „Multi-Kulti“-Viertel hingegen „riesige ghettoartige Moloche [...] in denen sich Ausländer, Fremde, Kriminelle und verbrecherische Clans zusammenrotten.“

„Deutsche“ bräuchten eigene „Schutzzonen“ um zu überleben. Um solche „National befreite Zonen“ zu schaffen, dürften „Nationalisten“ nicht über das ganze Stadtgebiet zerstreut wohnen, sondern sollten sich möglichst auf ein Wohnprojekt und einen Straßenzug konzentrieren. Als Vorbild dienen explizit linke Projekte, wie die Rigaer Straße in Berlin oder die Hafestraße in Hamburg.

## Wie gehen Rechtsextreme vor, um „Nazi-Kieze“ zu schaffen?

Als wichtiges Element des Vorgehens von Rechtsextremen gilt die sogenannte „Kümmerer“-Strategie. Es soll der Anschein erweckt werden, sie seien die einzigen, die sich für das Wohl der Menschen vor Ort interessieren und einsetzen.

Neonazis setzen dabei nicht nur stark auf Jugendarbeit, um ständig aktionsorientierten Nachwuchs zu akquirieren, sondern haben auch gezielt ältere Menschen im Visier. So wollen sie sich den Rückhalt der lokalen Bevölkerung im selbsternannten „Nazi-Kiez“ sichern. Die VF schrieb dazu: „Alten Leuten kann man beim Ausfüllen von Formularen

helfen, sie beim Einkauf unterstützen, man kann Babysitter bei arbeitenden Ehepaaren oder alleinstehenden Müttern spielen, man kann den Garten in Ordnung bringen, die Straßen sauber und durch regelmäßige Nachtpatrouillen sicher halten.“

Der Aufbau öffentlicher rechtsextremer Anlaufstellen ist ein weiterer Baustein der Raumkampf-Strategie. So gibt es in vielen Städten mit aktiven Neonazi-Szenen mehr oder weniger erfolgreiche Versuche sogenannte „Nationale Zentren“ aufzubauen. Auch deswegen sind für Neonazis vergleichsweise strukturschwache Stadtteile, in denen mehr Möglichkeiten bestehen, Immobilien (günstig) anzumieten oder sogar zu kaufen, besonders interessant. Das Nationale Zentrum in der Rheinischen Straße in Dortmund wurde von der Stadt Dortmund erworben, um es anschließend zu räumen.

Eng verbunden mit dem Aufbau eigener Räumlichkeiten ist die Schaffung einer „alternativen“ (rechtsextremen) Kulturszene. Konzerte sind nach wie vor, nicht nur für die Rekrutierung von Nachwuchs, sondern auch für die Finanzierung der Neonazi-Szene, von großer Bedeutung. In Dortmund fand beispielsweise Ende 2018 ein Konzert des rechtsextremen Sängers „Lunikoff“ in unmittelbarer Nähe der von Neonazis bewohnten Häuser in Dorstfeld statt. Neben den klassischen



Kameradschaftsabenden, Vorträgen und politischen Schulungen sind auch gemeinsame Fahrten zu befreundeten Organisationen im In- und Ausland Teil des „alternativen“ kulturellen Angebots.

Rechtsextreme versuchen außerdem an - überwiegend kommunalen - Strukturen teilzuhaben und so einen Fuß in die Tür der Stadt(teil)gemeinschaft zu bekommen. Solche Strukturen sind oft nicht darauf vorbereitet, einen Umgang damit zu finden, wenn Neonazis beispielsweise zu ihren Veranstaltungen auftauchen.

Als beispielsweise Dortmunder Neonazis an Veranstaltungen und Aktionen einer Stadteilinitiative teilnehmen wollten, fühlten sich einige der Mitglieder dieser Initiative massiv bedroht, während andere in den Neonazis in erster Linie engagierte Nachbar\*innen sahen, die zur Verbesserung der Lebensqualität im Stadtteil beitragen wollten. Dadurch besteht die Gefahr einer Spaltung der örtlichen Zivilgesellschaft, wovon die Rechtsextremen mit ihrem „Alternativangebot“ letztlich profitieren.

Daher ist auch der gezielte Einsatz von Gewalt und Einschüchterung von Gegner\*innen, bzw. Menschen, die sich demokratisch und für Menschenrechte und damit gegen Neonazis engagieren, Teil der Strategie. Wer ein Problem mit Neonazis in der Nachbarschaft hat, wird darüber nachdenken, ob ein Umzug nicht doch die einfachere Lösung ist, zumindest aber Angst haben, dies öffentlich zu äußern. In Dortmund wurde Ende 2018 ein „Aktivist“ wegen zahlreicher Übergriffe und Einschüchterungsversuche in seinem Stadtteil festgenommen.

Durch Demonstrationen, Kundgebungen, Gruppenbildungen u.a. sollen Präsenzsituationen geschaffen werden. In der VF hieß es dazu: „Befreite Zonen sind sowohl Aufmarsch- als auch Rückzugsgebiete für die Nationalisten Deutschlands“. So ist zum Beispiel auffällig, dass die Anzahl von Infoständen,

Flyer- und Plakataktionen und kleineren Kundgebungen aber auch größeren Demonstrationen, die für bundesweites Medienecho gesorgt haben, in einem Dortmunder Stadtteil in den letzten beiden Jahren massiv zugenommen haben.

Im Informationszeitalter ist nicht zuletzt der Aufbau einer „alternativen“ Medien- und Propagandakultur wichtiger Bestandteil der Strategie von Neonazis. In Dortmund nutzen Neonazi-Strukturen neben der eigenen „Nachrichten“-Seite „Dortmundecho“, auf der vor allem regionales Geschehen in das eigene Weltbild eingeordnet wird, diverse Blogs, Twitter- und Facebookseiten, sowie Instagram.

In internen Strategiepapieren beschreiben Rechtsextreme ein mögliches Vorgehen selbst folgendermaßen:

### „Wie kann die Organisation solcher Kieze aussehen? Was kannst du machen?“

- es müssten nichtkommerzielle Begegnungsstätten gebildet werden. Wir brauchen keine staatlich geförderten Kultur- und Sportvereine
- Schaffung von Freizeitangeboten für Menschen jeden Alters und auch deren Unterstützung durch die Gemeinschaft
- Kollektive schaffen um gegen Vertreibung deutscher Anwohner, steigende Mieten und das Einnisten von Fremden vorgehen zu können
- gegenseitiges Unterstützen und Beraten bei Behördengängen z.B. zu Themen wie Wohngeld
- Austausch und Unterstützung in allen Lebensfragen
- Der Vereinsamung, besonders von älteren Menschen aktiv entgegenwirken
- ein geschlossenes Auftreten, eine gute Vernetzung und Kommunikation, sowie der soziale Umgang untereinander
- das Bilden einer Bürgerwehr, Nachbarschaftswache“



### „Nazi-Kieze“ in Dortmund?

Die Dortmunder Neonazis selbst feiern Dortmund-Dorstfeld als gelungenes Beispiel für einen erfolgreich abgeschlossenen Raumkampf. Sie bezeichnen sich in ihrer eigenen Zeitschrift „N.S. Heute“ als „Platzhirsche“ im „Nazi-Kiez“ Dorstfeld.

Für linke Menschen sei Dorstfeld „feindliches Territorium“, das „nur unter massivem Polizeischutz“ betreten werden könne. Die Rechtsextremen betonen, das Einzigartige an Dorstfeld sei die „Präsenz der Nationalisten im ganz normalen Alltag“. „Morgens trifft man beim Bäcker auf Kameraden, zum Mittagessen sitzen sie im griechischen Schnellrestaurant und am frühen Abend trifft man sich zum Feierabendbier auf dem Wilhelmplatz.“

Sie versuchen damit klar zu suggerieren, sie hätten weitreichende Normalisierungsgewinne erzielt und in Dorstfeld eine vollständige „Gegenmacht“ etabliert. In der Realität gibt es jedoch vor Ort eine sehr aktive Zivilgesellschaft, die sich gegen diese Darstellung und die Vereinnahmung ihres Stadtteils durch Rechtsextreme wehrt.



Die Neonazis haben es auch in ihrem bekanntesten „Nazi-Kiez“ nicht geschafft, als Bestandteil eines Normalzustands anerkannt zu werden. Dennoch finden sich in Dorstfeld – vor allem rund um die von Rechten bewohnten Häusern - zahlreiche Beispiele für einen intensiv geführten Raumkampf. Im Straßenbild finden sich neben großformatigen Graffiti, zahlreiche Sticker und Plakate.

Dazu gehört auch, dass Neonazis versuchen, alle zivilgesellschaftlichen Veranstaltungen zu stören und Menschen, die sich im Stadtteil engagieren, zu bedrohen und einzuschüchtern. Politische Gegner\*innen werden beispielsweise durch Plakataktionen „geoutet“. Das Gedenken in Dorstfeld an die Opfer der Pogromnacht vom 9. November 1938 muss massiv durch die Polizei abgesichert werden, da es in den vergangenen Jahren immer wieder zu Angriffen auf die Gedenkveranstaltung kam.

Regelmäßig werden von den Neonazis sogenannte „Spontan“-Demonstrationen als Gegenprotest angemeldet. Als Ende 2018 ein wissenschaftlicher Vortrag zum Thema Antisemitismus in Dorstfeld stattfand, organisierten Neonazis Gegenprotest in Form einer Mahnwache und diffamierten den Vortrag im „Dortmundecho“ als „linke Hetzveranstaltung“. Die Neonazis betonten darin, dass es wichtig sei, „solche Provokationen [in ihrem „Nazi-Kiez“] nicht unkommentiert zu lassen“.



## Ist Raumpampf Männersache?

Die Frage nach geschlechtsspezifischen wie -übergreifenden Aktionsformen im Rechtsextremismus erfährt zunehmend Beachtung: aus gutem Grund. Auch mit Blick auf Dortmund kann beobachtet werden, dass die geläufige Wahrnehmung des Rechtsextremismus als rein maskulines Phänomen hinfällig ist. Vielmehr muss von einer heterogenen Szene ausgegangen werden, in der auch Frauen und Mädchen eine (zentrale) Rolle spielen können.

Bilder von diversen Kundgebungen im Stadtgebiet zeigen zuweilen junge Frauen in vordergründigen Positionen - etwa als Fahnenträgerinnen. Die an diversen Schulen im Dortmunder Westen ausgeteilte Jugendzeitschrift „Heute Jung“ der Partei „die Rechte“ beinhaltet ein Interview mit einer jungen Frau. Diese berichtet u.a. von ihren Plänen, einen regelmäßigen Frauen-Abend im Dortmunder Westen zu organisieren, um zu zeigen, dass Politik nicht nur Männersache sei.

Hinsichtlich beider Beispiele kann deutlich gemacht werden, dass die Kategorie Geschlecht im Umgang mit Rechtsextremismus berücksichtigt werden sollte. So etwa um harmlos wirkende Rechtsextremistinnen auch als solche erkennen zu können oder um etwaigen Einstiege in und Rekrutierungsstrategien durch die rechtsextreme Szene zu durchschauen und dem entgegenwirken zu können wie z.B. das von ihnen versprochene Schutzgebot gegenüber Frauen vor der vermeintlich omnipräsenten Gefahr von Übergriffen durch „Fremde“ (s. auch Kapitel zu Nordstadt).



In Dorstfeld lassen sich die oben genannten Strategien des rechtsextremen Raumpampfes klar erkennen. Das Erfolgsrezept ist laut „N.S. Heute“: „die Kontinuität, die regelmäßige politische Arbeit und regelmäßige Treffen. Auch z.B. die Straßenkunst, die vor allem jüngere Kameraden begeistert. Man muss immer interessant sein für jüngere Leute und die Jugendkultur fördern.“

Nach vermeintlichen Normalisierungserfolgen in Dorstfeld haben die Neonazis ihren Fokus mittlerweile auf weitere Stadtteile gelegt. Dabei ist vor allem der Dortmunder Westen ein erklärtes Ziel der Raumordnungsbewegung. Hier finden sich in einigen Stadtteilen Beispiele des Raumpampfes, die das Straßenbild Dorstfelds längst in den Schatten stellen.

Dabei ging es in den letzten Jahren hauptsächlich um Provokationsgewinne durch massiven Einsatz von Stickern, Plakaten und Schmierereien. Zudem lassen sich einige aufwendigere Graffiti im betreffenden Stadtteil finden. Seitens der Stadt werden Sticker und Graffiti in regelmäßigen Abständen aus dem Straßenbild entfernt. Befinden diese sich allerdings auf Privateigentum, ist dies nicht immer einfach und mit langwierigen bürokratischen Prozessen verbunden.

Gleichzeitig hat die Anzahl der Infostände, kleineren Kundgebungen und Aktionen, wie z.B. Flyer-Verteilen durch rechtsextreme Parteien und Strukturen stark zugenommen. Aber auch als Aufmarschgebiet für größere Demonstrationen wird der Dortmunder Westen genutzt. Dazu zählen der Aufmarsch zum 1. Mai 2017, sowie eine Demonstration gegen „Polizeiwillkür“ im September 2018, bei der die Neonazis mit antisemitischen Parolen und dem Einsatz von Pyrotechnik für bundesweite Aufmerksamkeit sorgten. Damit schaffen sie ein gewisses Bedrohungsszenario, indem sie die Anwohner\*innen durch ihr martialisches Auftreten einschüchtern.

Dass die Rechtsextremen ihren Raumpampf auch hier ernst nehmen, zeigt sich in persönlichen Anfeindungen, Bedrohungen und Übergriffen gegen Personen, die nicht in das rechtsextreme Weltbild passen. So gab es auch hier verbale und körperliche Angriffe auf „Politische Gegner\*innen“ (z.B. Personen, die sich im Stadtteil engagieren oder sogenannten „etablierten“ Parteien angehören und vermeintlich „weltoffene“ Fußballfans). Erneut für bundesweite Schlagzeilen sorgten im Juni 2018 die mehrfachen Angriffe auf eine Person, die aus ihrer Warte dem jüdischen Glauben zugerechnet wird.

Insgesamt lässt sich erkennen, dass die Zahl der Aktionen durch Rechtsextreme in diesem Stadtteil seit 2017 im Vergleich zu den Vorjahren stark zugenommen hat. Auf ihrem Internet-Zentralorgan schreiben die Neonazis Ende 2017 „Kampffahr mit Infostand in Dortmund-Germania abgerundet – unser Resümee für 2017“ und betonen erneut die Wichtigkeit des Stadtteils für ihre Strategie.

In ihrer u.a. vor Schulen verteilten Jugendzeitschrift „Heute Jung“ (HJ) schreiben sie: „Unsere Aktionen sind kleine Nadelstiche und der Kreativität sind nur selten Grenzen gesetzt. Ob mit Aufklebern oder Flugblättern, ob mit Plakaten oder dem Banner an der nächsten Autobahnbrücke - sogar in der Graffiti-Kunst stößt der Widerstand zunehmend auf Zuspruch.“

In ihrer u.a. vor Schulen verteilten Jugendzeitschrift „Heute Jung“ (HJ) schreiben sie: „Unsere Aktionen sind kleine Nadelstiche und der Kreativität sind nur selten Grenzen gesetzt. Ob mit Aufklebern oder Flugblättern, ob mit Plakaten oder dem Banner an der nächsten Autobahnbrücke - sogar in der Graffiti-Kunst stößt der Widerstand zunehmend auf Zuspruch.“

# „Von der Südtribüne in den Stadtrat“: Das 25-Punkte-Programm (2014)

Anders als bei der Europawahl lief es bei der Kommunalwahl besser: Im November 2013 veröffentlichte die Partei „DIE RECHTE“ ein lokalpolitisches Programm: „25 Forderungen zur Dortmunder Kommunalwahl 2014“. Man muss auch in diesem Zusammenhang die Zahl der „Forderungen“ nicht für zufällig halten. Wie bei der Demonstration am 31. August 2013 dürfte es sich um eine Anspielung auf das 25-Punkte-Programm der NSDAP handeln.

Dabei war man raffiniert genug, rassistische, antidemokratische, geschichtsrevisionistische und bloß populistische Parolen mit tatsächlichen oder vermeintlichen kommunalen Problemlagen zu verknüpfen. Die „Forderungen“ offenbarten den neonazistischen Kern von „DIE RECHTE“ häufig erst auf den zweiten Blick, da einige Standardparolen – wie etwa das bei Demos skandierte Bekenntnis zur deutschen „Rasse“ oder zum „Straßenkampf“ – sich in den „Forderungen“ so offen nicht wiederfanden. Bei der Forderung „Ausländer raus“ hatte sich dies erst seit dem 1. Mai 2014 geändert.

Selbst kündigte „DIE RECHTE“ ihr Programm im Vorwort ihrer Internetseite



zur Wahl so an: „Die Partei hat für Dortmund 25 kommunale Forderungen aufgestellt. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, mit unseren Leitlinien, den 25 kommunalpolitischen Forderungen, den katastrophalen Zuständen, die jahrzehntelange SPD-Herrschaft über Dortmund gebracht hat, aktiv entgegenzutreten!“

Personell ist die Kontinuität zwischen dem „Nationalen Widerstand Dortmund“ und dem DR-Kreisverband nicht zu übersehen. Bereits im September 2013 wurde in einer Mitgliederversammlung der „Spitzenkandidat“

gekürt: **Siegfried Borchardt**. Die Galionsfigur der rechtsextremen Szene zog für die Partei - begleitet von internationalem Medieninteresse - auch in den Rat sowie die Bezirksvertretung der Nordstadt ein.

Zweiter auf der Reserveliste war **Dennis Giemsch**, der unumstrittene Kopf und Anführer des NWDO, Organisator, Leiter und Redner zahlreicher Demonstrationen. Giemsch sorgte auch für eine enge Vernetzung von Gruppen „Autonomer Nationalisten“ im Internet. Nach nur zwei Sitzungen beerbte Giemsch Borchardt als Ratsmitglied.



**Listenplatz 1**  
**Siegfried Borchardt**



**Listenplatz 2**  
**Dennis Giemsch**



**Listenplatz 3**  
**Michael Brück**



**Michael Brück** stand auf Platz 3 der Liste. Er tritt als Redner und Anmelder von Veranstaltungen auf und leitet den „Antisem.it“-Versand und ist mittlerweile einer der führenden Köpfe der Partei. 2018 wurde er mit Sascha Krolzig Co-Bundesvorsitzender der Partei. Heute ist der Vize-Vorsitzender und Bundesgeschäftsführer der Partei. Nach dem Rückzug von Giemsch sitzt Brück seit drei Jahren im Rat der Stadt Dortmund.

**Christoph Drewer**, der Vierte auf der Liste der Kandidaten, gehörte ebenfalls zur Führungsriege des „Nationalen Widerstands“. Bei Demos tritt er als Organisator, Redner und Ordner auf und

war 2017 kommissarischer Bundesvorsitzender der Partei.

**Daniel Grebe**, Platz 5 auf der Liste, hat sich wie Brück erst in den letzten Jahren in der lokalen Szene in den Vordergrund gespielt. Bei lokalen und regionalen Veranstaltungen trat er bis zu seiner 22-monatigen Haftstrafe - er hatte am Abend der Kommunalwahl im Mai 2014 einem Ratsvertreter der Piratenpartei eine Bierfalsche ins Gesicht geworfen - als Redner auf. Wegen der Haftstrafe legte er auch sein Mandat als Bezirksvertreter in Scharnhorst nieder.

Die Partei hatte Kandidaten für alle 40 Stadtrats-Wahlbezirke (36 Männer, vier

Frauen) gefunden. Außerdem wollte die Partei mit einer elfköpfigen Reserveliste (nur Männer) und bei der Wahl der Bezirksvertretungen in Scharnhorst, Eving, Huckarde, Lütgendortmund, Mengede, Innenstadt-West mit jeweils zwei und in der Nordstadt sogar mit drei Listenkandidaten (ebenfalls nur Männer) antreten.

Die Schwerpunkte waren bereits im Forderungskatalog der Partei „DIE RECHTE“ zur Kommunalwahl ersichtlich. Eindeutig im Mittelpunkt steht dabei der Themenbereich Zuwanderung, insbesondere vor dem Hintergrund der Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union. Dies hatten sie bereits mit als sogenannte „Mahnwachen“ bezeichneten Infoständen – unter anderem vor der Arbeitsagentur – und bei ihrem Aufmarsch am Tag der Arbeit 2014 deutlich gemacht.

Wo immer sich die Möglichkeit bot und bietet, spielt sich „DIE RECHTE“ zudem als Fürsprecher „deutscher“ Familien und insbesondere „deutscher“ Kinder auf. Fortgesetzt wurden und werden die Aktionen gegen demokratisch gesonnene BürgerInnen, PolitikerInnen und Parteien. Nicht unterschätzt werden dürfen schließlich – insbesondere in einer Stadt wie Dortmund – die Versuche, sich des Themas Fußball zu bemächtigen. Die Kandidaten wollten bei den meisten Themen im Wahlprogramm offenbar bewusst abstrakt bleiben, um sich bei den vielen inhaltlichen Fragen keine Blöße zu geben.

Deutlich wird das bei den Forderungen: Das Programm ist dünn. Es bestand über Monate nur aus Schlagworten und populistischen Parolen. Konkrete Lösungsvorschläge für benannte Probleme – oder gar Finanzierungsvorschläge – wurden, wenn überhaupt, erst nach und nach genannt. Wie solche Forderungen umgesetzt werden können, ob sie verfassungsrechtlich oder kommunal überhaupt realisierbar sind oder welche Auswirkungen sie im Detail hätten, darüber sollten sich anscheinend andere Gedanken machen.



# Viel Aufsehen und Lärm – aber kein Wahlerfolg für „DIE RECHTE“ und die anderen Parteien „Rechtsaußen“

Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai 2014 konnten die rechtsextremistischen Parteien bis auf die NPD geringfügig hinzugewinnen. Thematisch konzentrieren sich alle rechtsextremistischen Parteien auf die Diffamierung von Muslimen, Asylbewerbern sowie Sinti und Roma. Rechtsextremisten beteiligten sich an den HoGeSa- und PEGIDA-Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen und steuern diese sogar zum Teil.

Die anhaltende Führungskrise der NPD und der damit verbundene Richtungsstreit lähmten die Partei weitgehend. Zudem verunsicherte das schwebende Parteiverbotsverfahren Teile der Partei. 2014 verzeichnete die NPD eine weitere Stagnation bei der Mitgliederentwicklung. Bei den aktiven Kreisverbänden ist die Zahl weiter rückläufig. Während die NPD vor rund fünf Jahren über fast 30 Kreisverbände verfügte, sind es aktuell weniger als 20.

Hinzu kommt das ambivalente Verhältnis zur Neonazi-Szene, welches zwischen Kooperation und Konflikt



schwankt. Dabei ist die NPD auf die Unterstützung der Neonazis gerade bei Wahlkämpfen zwingend angewiesen. Zudem nimmt die Konkurrenz im rechtsextremistischen Parteienlager in Nordrhein-Westfalen zu, was die Erringung von Mandaten und die Überwindung der jeweiligen Hürden für die staatliche Parteienfinanzierung erschwert.

Die Pro-Bewegung setzte ihre diffamierenden Kampagnen gegen Minderheiten im Kommunal- und Europawahlkampf fort. Obschon Pro NRW sich bei den Kommunalwahlen 2014 von 45 auf 65 Mandate in den Räten und Bezirks-

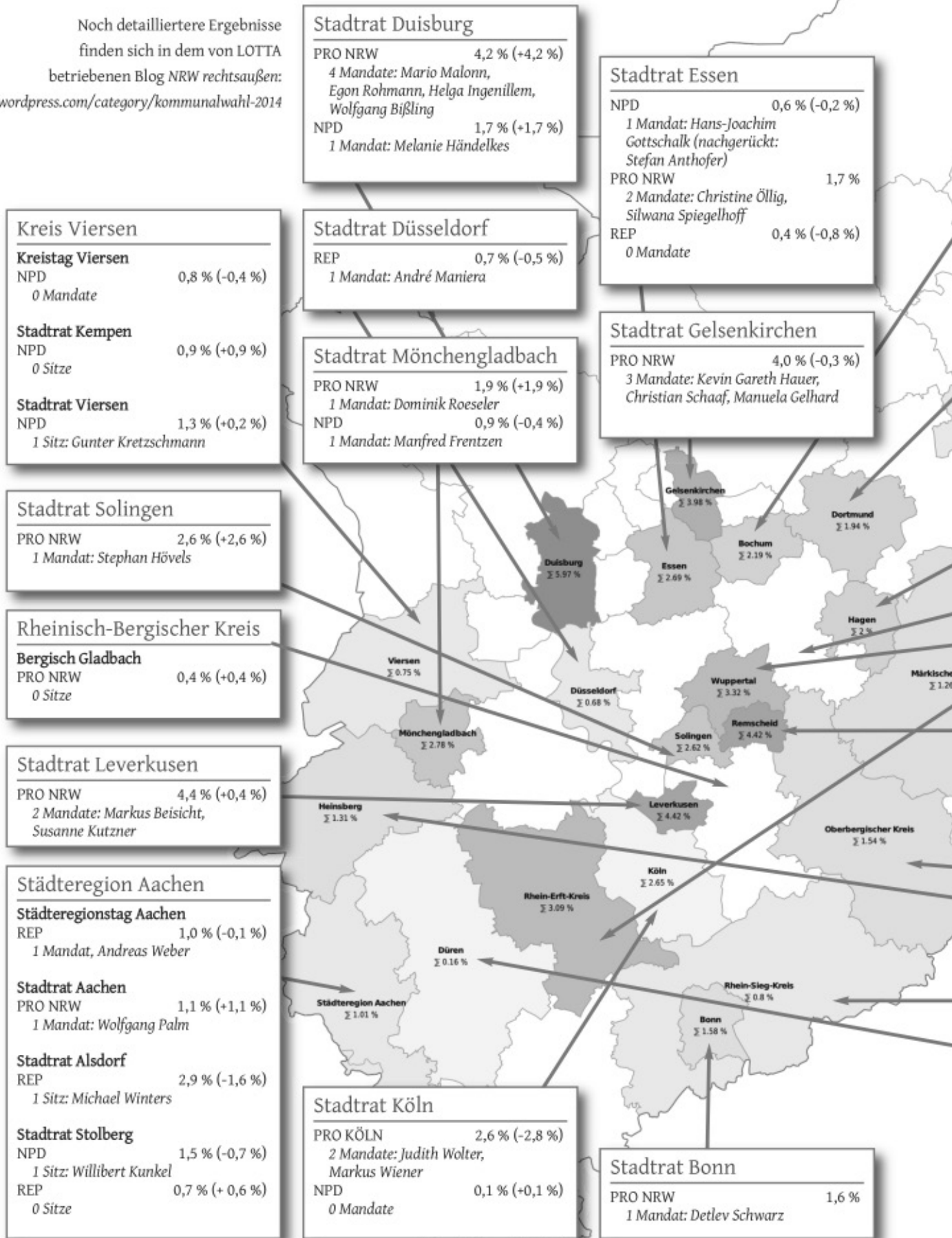
vertretungen verbesserte, blieben die Ergebnisse bei den Wahlen weit hinter den eigenen Ansprüchen zurück. Auch die anhaltenden internen, überwiegend persönlichen Konflikte lähmen die Partei.

Zahlreiche Parteiaustritte und die mangelnde Mobilisierbarkeit der eigenen Anhänger hemmen die Handlungsfähigkeit. Alle diese Gründe haben dazu beigetragen, dass der langjährige Versuch der Bildung einer Allianz von ideologisch ähnlichen Organisationen auf Bundesebene unter der Führung von Pro NRW gescheitert ist.

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen der Partei „DIE RECHTE“ dominiert innerhalb der Gesamtpartei inhaltlich, personell und durch seine Vielzahl an Aktivitäten. Seine aktiven Kreisverbände stellten sowohl in ideologischer und personeller Hinsicht als auch bezüglich seiner Aktivitäten eine Weiterführung der verbotenen Kameradschaften dar, betont der Verfassungsschutz NRW. Dies gelte insbesondere für den hoch-aktiven Dortmunder Kreisverband, der sich im Laufe des Jahres 2014 stetig aggressiver zeigte. Dies äußerte sich in Einschüchterungsversuchen von Bürgern, Journalisten, Beamten und Politikern.

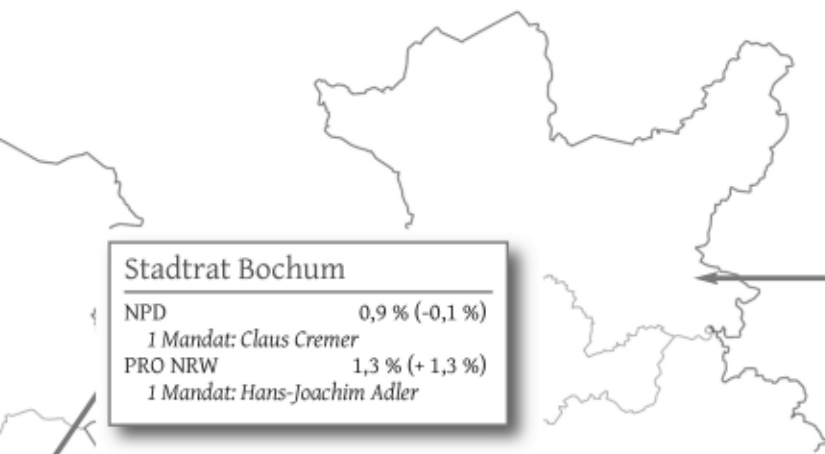


Noch detailliertere Ergebnisse finden sich in dem von LOTTA betriebenen Blog NRW rechtsaußen: [nrwrex.wordpress.com/category/kommunalwahl-2014](http://nrwrex.wordpress.com/category/kommunalwahl-2014)



Grafik/copyright: LOTTA – antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen





**Kreis Minden-Lübbecke**  
**Stadtrat Porta Westfalica**  
 REP 2,6 % (+0,9 %)  
 1 Sitz: Volker Marsch

**Stadtrat Bochum**  
 NPĐ 0,9 % (-0,1 %)  
 1 Mandat: Claus Cremer  
 PRO NRW 1,3 % (+1,3 %)  
 1 Mandat: Hans-Joachim Adler

**Stadtrat Dortmund**  
 NPĐ 0,9 % (-1,0 %)  
 1 Mandat: Axel Thieme  
 „Die Rechte“ 1,0 % (+1,0 %)  
 1 Mandat: Siegfried Borchardt  
 (nachgerückt: Dennis Giemsch)

**Rhein-Erft-Kreis**  
**Kreistag Rhein-Erft-Kreis**  
 PRO NRW 3,1 % (+0,5 %)  
 2 Mandate: Jürgen Hintz, Detlef Getzke

**Ennepe-Ruhr-Kreis**  
**Kreistag Ennepe-Ruhr**  
 „Bündnis Zukunft  
 Ennepe-Ruhr“ (BZEN) 0,3 % (+0,3%)  
 0 Mandate

**Stadtrat Hamm**  
 „Die Rechte“ 0,9 % (+0,9 %)  
 1 Mandat: Dennis Möller

**Stadtrat Bergheim**  
 PRO NRW 5,3 % (-0,7 %)  
 2 Sitze: Jürgen Hintz,  
 Hans Joachim Over

**Stadtrat Gevelsberg**  
 BZEN 0,5 % (+0,5 %)  
 0 Sitze

**Stadtrat Hagen**  
 PRO NRW 2,0 % (+2,0 %)  
 1 Mandat: Wolfgang Schulz

**Stadtrat Pulheim**  
 PRO NRW 2,8 % (+2,8 %)  
 2 Sitze: Markus Jürgen Hintz,  
 Wolfgang Skiba

**Stadtrat Schwelm**  
 BZEN 1,2 % (+1,2%)  
 0 Sitze

**Stadtrat Wuppertal**  
 PRO NRW 2,5 % (+2,5 %)  
 2 Mandate: Claudia Gehrhardt,  
 Gerd Wöll  
 REP 0,8 % (-0,8 %)  
 1 Mandat: Thomas Kik

**Stadtrat Witten**  
 PRO NRW 2,8 % (+2,8 %)  
 2 Sitze: Christoph Schmidt,  
 Peggy Hufenbach

**Rhein-Sieg-Kreis**  
**Kreistag**  
 NPĐ 0,8 % (-0,2 %)  
 1 Mandat: Ariane Meise  
 Volksabstimmung 1,0 % (-0,3 %)  
 1 Mandat: Helmut Fleck

**Stadtrat Remscheid**  
 PRO NRW 4,4 % (+4,4 %)  
 2 Mandate: André Hüsgen,  
 Thorsten Pohl

**Märkischer Kreis**  
**Kreistag Märkischer Kreis**  
 NPĐ 1,3 % (-0,1 %)  
 1 Mandat: Stephan Haase

**Stadtrat Lohmar**  
 Volksabstimmung 2,2 % (+1,5 %)  
 1 Sitz: Michael Zissler

**Oberbergischer Kreis**  
**Kreistag Oberbergischer Kreis**  
 PRO NRW 1,5 % (-0,3 %)  
 1 Mandat: Udo Schäfer  
 Arminius-Bund 0,1 % (+0,1 %)  
 0 Mandate

**Stadtrat Lüdenscheid**  
 NPĐ 1,0 %  
 1 Sitz: Stephan Haase

**Stadtrat Much**  
 Volksabstimmung 3,9 % (+3,9%)  
 1 Sitz: Angelika Geerligs

**Stadtrat Radevormwald**  
 PRO NRW 4,0 % (-1,1 %)  
 2 Sitze: Udo Schäfer, Joachim Bötte

**Kreis Heinsberg**  
**Kreistag Heinsberg**  
 NPĐ 1,3 % (-0,3 %)  
 1 Mandat: Helmut Gudat

**Stadtrat Siegburg**  
 Volksabstimmung 1,5 % (-0,7 %)  
 1 Sitz: Helmut Fleck

**Stadtrat Erkelenz**  
 NPĐ 1,7 % (+0,6 %)  
 1 Sitz: Christian Remberg

**Stadtrat St. Augustin**  
 Volksabstimmung 1,8 % (+0,1 %)  
 1 Sitz: Hans Günter Austria-Zink

**Kreis Düren**  
**Kreistag Düren**  
 „Arminius-Bund“ 0,2 % (+0,2 %)  
 0 Mandate

**Stadtrat Geilenkirchen**  
 NPĐ 2,1 % (+2,1 %)  
 1 Sitz: Michael van Dillen

**Stadtrat Windeck**  
 Volksabstimmung 3,2 % (+3,2 %)  
 1 Sitz: Klaus Müller

**Stadtrat Hückelhoven**  
 NPĐ 2,5 % (+0,4 %)  
 1 Sitz: Helmut Gudat



# Der Wahlabend und der „Rathaussturm“

Die pseudo-demokratische Maske ist gefallen – am 25. Mai 2014 zeigten die Neonazis in Dortmund wieder ihr wahres Gesicht: Die Dortmunder Führungsspitze der Partei „DIE RECHTE“ versuchte am späten Wahlabend, unter Führung ihres Spitzenkandidaten Siegfried Borchardt und des gesamten früheren Führungskaders des verbotenen Nationalen Widerstands Dortmund, ins Rathaus zu gelangen.

Sie kamen allerdings nicht wie die anderen Rathausbesucher, sondern marschierten in geschlossener Formation, uniformiert in gelben Hemden, vor das Rathaus. Zuvor hatte Borchardt bei Facebook ein Foto gepostet, dass man „mit einem Schlag ins Rathaus“ einziehen wolle.

Das mit den Schlägen konnte man durchaus wörtlich verstehen: Mit Flaschen und Pfefferspray gingen die Kandidaten für Rat und Bezirksvertretungen auf die Demokraten los, die sich ihnen mit Banner und Trillerpfeifen in den Weg stellten.

Nicht, weil sie demokratisch gewählten Volksvertretern den Zutritt verwehren wollten, sondern aus echter Sorge. Der martialische Aufmarsch beängstigte nicht nur viele Demokraten, sondern vor allem viele Migranten, die unter anderem auf Einladung des Integrationsrates den Abend im Rathaus verbrachten. Viele von ihnen flohen in die oberen Etagen des Rathauses.

Einige Migranten – vor allem Mandatsträger – reihten sich aber vor dem Rathaus in die Menschenkette ein, um die gewaltbereiten und gewalttätigen Neonazis am Eindringen zu hindern. Sie wurden beschimpft und auch körperlich attackiert.

Das passt zum Selbstverständnis von Siegfried Borchardt: Der Neonazi, der in den Medien immer den Spitznamen „SS-Siggi“ trägt, betonte nach seiner Wahl in Interviews, dass er sich ja selbst lieber „SA-Siggi“ nennen würde – dies passe einfach besser zu ihm.

Die Sturmabteilung (SA) war die paramilitärische Kampforganisation der

NSDAP während der Weimarer Republik und spielte bis 1934 als Ordnertruppe eine entscheidende Rolle beim Aufstieg der Nationalsozialisten, indem sie deren Versammlungen vor Gruppen politischer Gegner mit Gewalt abschirmte bzw. gegnerische Veranstaltungen massiv behinderte.

Die erste Ordnertruppe der NSDAP wurde im Januar 1920 als Saalschutz zunehmend in Saalschlachten eingesetzt. Aus diesem Saalschutz entwickelte sich über mehrere Schritte die spätere Sturmabteilung (kurz SA) als reine Schlägertruppe für provozierte Zusammenstöße mit linksgerichteten Parteien (vor allem der KPD), die vielfach in brutale Straßenkämpfe ausarteten.

Die Attacke der Neonazis am Wahlabend war ein Angriff auf die Stadtgesellschaft – und die zeigte sehr deutlich Zivilcourage. Fraktionsübergreifend stellten sich die Politiker, Bürger und Antifaschisten dem Nazimob entgegen. Dabei trugen einige Demokraten

Verletzungen davon, die von Sanitätern behandelt werden mussten. Trotz Flaschenwürfen und Reizgas-Attacken gelang es den Neonazis nicht, das Rathaus zu betreten. Insofern setzte die Stadtgesellschaft ein wehrhaftes Zeichen.

Vor Ort zeigte sich nur der Spitzenkandidat der Partei „DIE RECHTE“ relativ gelassen. Er drehte sich Zigaretten, während seine zumeist deutlich jüngeren Mitstreiter in Auseinandersetzungen gingen oder erfolglos versuchten, ein Banner der Grünen auf dem Friedensplatz zu verbrennen.

Die Neonazis skandierten mehrfach „Ausländer raus“ und andere volksverhetzende Parolen. Dann stimmten sie sogar unter den Augen und Ohren der Anwesenden die erste Strophe des Deutschlandliedes an.

Selbst der polizeiliche Staatsschutz war von der gezeigten Aggressivität der Neonazis überrascht. Denn die Aktivisten von „DIE RECHTE“ hatten in den vergangenen Monaten peinlich genau darauf geachtet, möglichst keine Straftaten zu begehen, um dem Ruf der Partei nicht zu schaden. „Sie sind noch nicht mal bei Rot über die Straße gegangen“, spotteten Kenner der Szene vor dem 1. Mai. Diese Maske ist nun endgültig gefallen. Der aufgestaute Druck der Neonazis entlud sich nun auf dem Friedensplatz – der an diesem Abend seinem Namen keine Ehre machte.

## **Sieben Verfahren gegen Neonazis**

Es gab Ermittlungsverfahren gegen 23 Neonazis, die anschließend in sieben Verfahren mündeten. **Neonazi Daniel**



Auseinandersetzung mit der Partei „DIE RECHTE“



**Grebe**, Bezirksvertreter der Partei „Die Rechte“ in der BV Scharnhorst, musste wegen eines Flaschenwurfs, mit dem er einen Ratsvertreter der Piraten im Gesicht verletzte, sogar in Haft. Das Landgericht Dortmund bestätigte im März 2016 das Urteil des Amtsgerichtes. Dieses hatte im Herbst 2015 eine Gesamtstrafe von 22 Monaten Haft ohne Bewährung gebildet.

Dagegen hatten sowohl Grebe als auch die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Während der Neonazi einen Freispruch forderte, forderte der Staatsanwalt sogar 28 Monate Haft. Dem 26-jährigen Jura-Studenten wurden gleich mehrere Taten vorgeworfen. Am schwerwiegendsten war hierbei eine Auseinandersetzung am Wahlabend vor dem Dortmunder Rathaus. Hier sah es das Gericht als zweifelsfrei erwiesen an, dass Grebe dem neu gewählten Ratsmitglied der Piraten, Christian Gebel, aus nächster Nähe und „mit voller Wucht“ im „Stil eines Handballers“ die Flasche ins Gesicht geworfen hat.

Gebel erlitt dabei eine Rissquetschwunde am Auge. „Es war ein glücklicher Zufall, dass nicht noch weit schwerere Verletzungen eingetreten sind“, machte die Staatsanwaltschaft deutlich. Dies wäre dann eine schwere Körperverletzung gewesen. Es habe ein ganz enormes Verletzungsrisiko bestanden, indem er Gebel die Flasche mit voller Wucht ins Gesicht warf. Daher stelle dies eine gefährliche Körperverletzung dar und er fordere daher eine ganz erhebliche Freiheitsstrafe.

Grebe selbst hatte bereits vor dem Amtsgericht den Flaschenwurf eingestanden, aber sowohl den Vorsatz – also



die Verletzungsabsicht – abgestritten, als auch, dass es seine Flasche gewesen sei, die Gebel getroffen habe. Allerdings folgte das Gericht dieser Einlassung nicht. Auch habe es trotz der aufgeladenen Situation in diesem Moment keine Notwehrsituation gegeben.

Daher bekam er eine Freiheitsstrafe von einem Jahr, die mit einer früheren zur Bewährung ausgesetzten Verurteilung des Amtsgerichts Dresden zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr und vier Monaten ohne Bewährung gebündelt wurde. Hinzu kamen noch sechs Monate Haft ohne Bewährung für einen Böllerwurf gegen Polizeibeamte in der Silvesternacht 2014/15 auf dem Wilhelmplatz in Dorstfeld. So musste er eine 22-monatige Haftstrafe antreten – seit Herbst 2018 ist er wieder auf freiem Fuß.

Sein Nachfolger in der Bezirksvertretung Scharnhorst wurde ebenfalls wegen mehrerer Delikte angeklagt: **Neonazi André Penczek** hatte u.a. am Wahlabend als auch bei einer Bürgerversammlung in Eving Journalisten und Polizisten attackiert und dafür unterschiedliche Strafen eingefahren. Zudem hatte der damals Arbeitslose wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte in der Nordstadt eine erneute Geldstrafe von 60 Tagessätzen kassiert.

**Neonazi-Kader Dietrich S.**, der am Wahlabend vor dem Rathaus mit einem Faustschlag die damalige grüne Landtagsabgeordnete Daniela Schneckeburger niedergestreckt hatte, akzeptierte nach einigem Hin und Her einen Strafbefehl wegen vorsätzlicher



Körperverletzung. Der Aktivist der Partei „Die Rechte“ akzeptierte letztendlich die Geldstrafe von 1350 Euro (90 Tagessätze zu je 15 Euro).

Das Pikante: Dieses Verfahren hatte die Staatsanwaltschaft zunächst eingestellt, weil sie von einer Notwehrhandlung des Neonazis überzeugt war, bei der die heutige Schuldezernentin der Stadt Dortmund in die Schusslinie geraten war. Allerdings wurde diese Einschätzung später von der Staatsanwaltschaft revidiert und das Verfahren erneut eröffnet. Sie erließ einen Strafbefehl, den Dietrich S. zunächst nicht akzeptieren wollte, sodass er Einspruch einlegte. Doch zur Hauptverhandlung kam es nicht, nachdem der Aktivist der rechtsextremen Splitterpartei „Die Rechte“ seinen Einspruch zurückzog.

Auch der bekannte **Neonazi Lukas B.** musste sich wegen eines Faustschlags gegen die Piraten-Vorsitzende und Ratsfrau Nadja Reigl vor Gericht verantworten. Dabei entging er knapp einer weiteren Freiheitsstrafe wegen Körperverletzung. Das Amtsgericht Dortmund verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen von je 30 Euro sowie der Zahlung von 350 Euro Schmerzensgeld.

Es war bereits die zwölfte (!) Verurteilung, die der damals 26-Jährige in den acht vorangegangenen Jahren kassiert hatte – darunter wegen gefährlicher Körperverletzung, schwerem und mehrfachem Diebstahl, mehrfacher

Leistungserschleichung, Hausfriedensbruchs, Beleidigung und Verstößen gegen das Versammlungsgesetz.

Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der Neonazi die Politikerin „gezielt und mit voller Absicht geschlagen hat“, machte Richterin Martina Naujoks in der Urteilsbegründung deutlich. „Der Schlag hat sie unvorbereitet getroffen und sie konnte keine Abwehrmaßnahmen ergreifen.“ Die Richterin war zudem davon überzeugt, dass der Schlag – andere als von Verteidiger André Picker dargestellt, Nadja Reigl nicht nur gestreift, „sondern ganz schön weh getan“ habe. Entscheidend waren hierfür Videobeweise, die die Tat eindeutig zeigten, wie auch Staatsanwalt Ludger Strunk unterstrich.

Sie zeigten eindeutig eine „tumultartige Szene“ vor dem Rathaus-Eingang. Der Angeklagte hielt sich dabei – mit einer als Keule gehaltenen Sektflasche und dem von den Grünen geklauten Banner – im Hintergrund, wartete auf eine Lücke zwischen seinen Kameraden, schnellte hervor, schlug gezielt zu und zog sich dann sofort wieder zurück. Ein Zeuge wertete dies als feiges Anpöbeln – er schlug die Frau von hinten.

„Es kann keinen Zweifel geben, dass der Tatbestand der Körperverletzung erfüllt ist – und nicht in Form eines leichten Wischers“, so Strunk. Er regierte damit auf die Darstellung der Verteidigung, dass sein Mandant die Piratin

nur gestreift und keinen „Volltreffer“ gelandet habe. Allerdings war die Piratenpolitikerin bereits Sekunden zuvor von einem zweiten Neonazi, Torben V., attackiert und ebenfalls ins Gesicht geschlagen worden. Er hatte Reigl an der Schläfe getroffen – sie war orientierungslos und konnte auch auf dem Ohr nicht hören.

In dieser Situation holte Lukas B. zu seinem Angriff aus und traf auf dieselbe Stelle. Daher kann nicht zweifelsfrei geklärt werden, ob das ärztlich attestierte Hämatom, die Kopfschmerzen sowie die vorübergehende Taubheit vom ersten oder zweiten Schlag herrührten. Dies musste beim Strafmaß berücksichtigt werden.

In einem weiteren Verfahren stand **Neonazi Patrick B.** wegen Körperverletzung und Nötigung vor Gericht. Er hatte am Wahlabend einen Kameramann angegangen, ihn zu Boden gedrückt, dadurch am Filmen gehindert und außerdem beschimpft. Dabei zog sich der Kameramann leichte Verletzungen zu. Außerdem hatte der Medienvertreter einen Tritt ins Gesicht bekommen. Allerdings fanden sich für den Tritt keine Beweise oder Zeugen – sechs Zeuginnen und Zeugen hatte das das Schöffengericht geladen. Daher wurde der von Rechtsanwalt André Picker vertretene Neonazi „nur“ wegen vorsätzlicher Körperverletzung und versuchter Nötigung verurteilt.

„Ein Tritt hätte sie völlig zurecht juristisch in eine völlig andere Preiskategorie gehoben“, machte der Richter deutlich. Dann wäre auch eine Freiheitsstrafe in Betracht gekommen. Doch so kam der Angeklagte deutlich „preiswerter“ weg: 80 Tagessätze á zehn Euro lautete das Urteil. Staatsanwalt Volker Bittner hatte 25 Euro Tagessatz gefordert. Er wertete die Tat als „Angriff auf die Pressefreiheit“.

Der wegen Beleidigung und Bedrohung vorbestrafte Neonazi aus Dorstfeld, ein Bauhelfer mit abgebrochener Gebäudereinigerbildung, stand zuletzt beim Hirsch-Q-Verfahren vor

Gericht. Allerdings war zum Zeitpunkt dieser Verhandlung das Urteil gegen ihn noch immer nicht rechtskräftig und konnte deshalb nicht berücksichtigt werden. Daher konnte das Schöffengericht nur zwei ältere Verurteilungen berücksichtigen. Die Jugendstrafen spielen ebenfalls keine Rolle mehr.

## 14 Nötigungsverfahren

Nach 3,5 Jahren klappten Polizei und Justiz nach dem Kapitel „Rathaussturm“ im November 2017 nun auch das Kapitel „Rathaus-Blockade“ zu. Insgesamt gegen 65 Menschen aus dem bürgerlichen oder linken Lager. Gegen 45 „Rathausblockierer“ gab es keinen hinreichenden Tatverdacht. Gegen eine große Gruppe ging das Verfahren als Beschuldigte jedoch weiter: 14 Strafbefehle wurden wegen gemeinschaftlicher Nötigung, zwei wegen versuchter Körperverletzung und zwei wegen Beleidigung erlassen.

Die Staatsanwaltschaft hatte bereits 2016 den 14 DemokratInnen und AntifaschistInnen, die der gemeinschaftlichen Nötigung beschuldigt wurden, die Einstellung des Verfahrens angeboten. Wenn überhaupt, sei die Schuld gering. Außerdem räumte seinerzeit auch die Staatsanwaltschaft ein, dass „nach der Gesamtwürdigung von Tat und Persönlichkeit der Täter besondere Umstände vorliegen, die eine Verhängung von Strafe entbehrlich machen.“

Denn teilweise wurden die der Nötigung Beschuldigten von Neonazis auch körperlich verletzt – es gab entsprechende Verurteilungen wegen Faustschlag bzw. Flaschenwurf. Die „BlockiererInnen“ bekamen daher das Angebot, dass auch die Kosten des Verfahrens sowie die den Beschuldigten durch das Verfahren entstandenen Ausgaben durch die Staatskasse übernommen werden.

Durch die Einstellung des Verfahrens geht eine unendliche Geschichte zu Ende, die in der Stadt zu erheblichen Spannungen zwischen der Stadtgesellschaft auf der einen und Polizei und



Justiz auf der anderen Seite geführt hatte. Auch das Amtsgericht hatte sich nicht gerade um das Verfahren gerissen und zunächst die Eröffnung abgelehnt. Der zuständige Amtsrichter machte in seinem 17-seitigen Schreiben deutlich, dass ein Verfahren mit 14 Angeschuldigten und bis zu 14 Verteidigern erheblich vom üblichen Umfang abweiche.

Denn das Amtsgericht sah eine „schwierige Sach- und Rechtslage“ und befürchtete einen großen Zeitaufwand durch die Auswertung des umfangreichen Videomaterials und die Vernehmung von mehreren Dutzend Zeugen. Zudem scheute das Amtsgericht die zu erwartende überregionale Aufmerksamkeit und die politische Dimension des Verfahrens und sah daher das Landgericht in der Pflicht. Dagegen legte die Staatsanwaltschaft jedoch erfolgreich Beschwerde ein.

Im Oktober 2015 kam der „Schwarze Peter“ daher zurück: Das Landgericht

entschied, dass das Verfahren gegen die sogenannten „Rathaus-Blockierer“ nun doch vor dem Amtsgericht geführt werden müsse. Dazu kam es allerdings nicht mehr – die Betroffenen stimmten den erlassenen Strafbefehlen zu. Darunter war auch die damalige Vorsitzende der Dortmunder Piraten, Nadja Reigl. Ihr Anwalt, der frühere Linken-Fraktionschef im Bundestag, Dr. Gregor Gysi, betonte bereits 2016 gegenüber seiner Mandantin, dass die Anklage wohl selber nicht geglaubt habe, eine Verurteilung zu erzielen.

Dies werde dadurch deutlich, dass sie sowohl auf die Kostenübernahme und die Schuldfreiheit pochten, so Gysi zu der Dortmunder Politikerin. „Sie hätten von Anfang an die Verfahren einstellen müssen. Es ist peinlich, dass die dafür zwei Jahre gebraucht haben“, betonte Reigl seinerzeit. Sie selbst war auch Zeugin und Geschädigte in einem Verfahren gegen einen Neonazi, der sie vor der Rathausstür ins Gesicht geschlagen hatte.





## **Geldquelle „Ratsgruppe“: NPD und „DIE RECHTE“ sind in Dortmund plötzlich „ziemlich beste Freunde“**

Beim Geld hört bei den meisten Menschen die Freundschaft auf. Bei NPD und der Partei „DIE RECHTE“ ist das anders: Da fängt sie offensichtlich beim Geld gerade erst an. Bei der konstituierenden Sitzung des Rates der Stadt Dortmund im Juni 2014 zeichnete sich schon eine Gruppenbildung ab – sie wurde bei der Juli-Sitzung offiziell durch beide Ratsvertreter angekündigt.

Freundschaftlich begrüßten sich Siegfried „SS-Siggi“ Borchardt („DIE RECHTE“) und NPD-Ratsherr Axel Thieme bei der konstituierenden Ratssitzung. Gemeinsam brüteten sie – umringt von Kameras – über dem Sitzplan, wie sie es

schaffen könnten, die Sitzordnung im Rat so zu ändern, dass sie nebeneinander sitzen können. „Das wäre doch besser – Du hast mehr Erfahrung“, schmeichelte Borchardt dem NPD-Mann.

Äußerlich könnten sie kaum unterschiedlicher sein: Nicht altersmäßig, aber optisch – Thieme im Anzug mit Krawatte, daneben der tätowierte Borussenfront-Aktivist mit seinem Totenkopf-Gehstock. Doch Thieme und Borchardt haben inhaltlich viele üble Gemeinsamkeiten: Beide argumentieren zum Beispiel ständig rassistisch und ausländerfeindlich.

Auch Thieme ist – wie Borchardt – gerne mal ein Mann der Tat: Das Amtsgericht

Dortmund verurteilte Thieme Anfang Februar 2011 wegen Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 1.200 Euro. Am Tag vor der Kommunalwahl im August 2009, so befand das Gericht, habe er einem Neonazi-Gegner im Hauptbahnhof einen Faustschlag versetzt. Das Landgericht bestätigte das Urteil im März 2012. Borchardt ist sogar mehrfach vorbestraft.

### **Kommunalwahl als Machtkampf**

Die gewünschte Änderung der Sitzordnung zu Gunsten der beiden rechtsextremen Mitglieder von der Ratsmehrheit zunächst verhindert. Doch

gemeinsam läuten sie damit eine nicht ausgesprochene Zusammenarbeit an. Für viele Außenstehende eine Überraschung: Denn im Wahlkampf hatten sich beide Parteien noch bekriegt – der damalige NPD-Kreisvorsitzende und Ratsmitglied Matthias Wächter war für „DIE RECHTE“ beinahe schon „Staatsfeind Nummer 1“.

Für Borchardt & Co. war der Kommunalwahlkampf in Dortmund auch ein Machtkampf innerhalb der rechtsextremen Splitterparteien. „DIE RECHTE“ und die NPD waren vor Ort tief zerstritten. Dabei ging es nicht nur darum, dass DR und NPD um Wählerstimmen konkurrierten – und damit letztlich



Axel Thieme (rechts) und Siegfried Borchardt (noch weiter rechts)



## Gruppenbildung gerichtlich durchgesetzt

Nach kritischer Prüfung durch die Verwaltung hatte der Rat der Stadt den beiden rechten Ratsmitgliedern den Gruppenstatus zunächst abgesprochen. Brück hatte Giemsch im Frühjahr 2015 „beerbt“ – der dritte Wechsel in nur neun Monaten. Dies sprach nicht gerade für eine kontinuierliche Ratsarbeit bei der Partei „Die Rechte“.

Denn auch in den Bezirksvertretungen gab es Wechsel – so war Martin Kalfak (BV Mengede) zurückgetreten. Sein Mandat hat im Juni 2015 Thorsten Balzer übernommen. In Scharnhorst wechselte das Mandat haftbedingt von Daniel Grebe zu André Penczek, der sich aber so gut wie nie blicken lässt. Siegfried Borchardt konnte – obwohl er von der Nordstadt nach Dorstfeld umgezogen ist – sein Sitz in der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord behalten. Der Grund: Er hatte auch für den Rat kandidiert. Dann muss man nicht im Bereich „seiner“ BV wohnen.

Am Geldsegen ändern diese personellen Veränderungen nichts: Die NPD und die Partei „Die Rechte“ hatten mit ihrer Gruppenbildung letztendlich Erfolg. Die Stadt Dortmund musste sie schließlich doch als Ratsgruppe anerkennen. Das Oberverwaltungsgericht Münster hatte im Februar 2016 dem Eilantrag der beiden Parteien stattgegeben und die anderslautende Entscheidung des Verwaltungsgerichts aus dem Dezember 2015 aufgehoben.

In ihrem Beschluss machten die Oberverwaltungsrichter deutlich, dass von gemeinsamen Zielen und einer Zusammenarbeit sehr wohl auszugehen sei. Auseinandersetzungen während des Wahlkampfs seien zu vernachlässigen. Viel stärker zu gewichtigen seien die gemeinsame Anfragen.

Die Richter nahmen sogar Bezug auf den Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen: Darin werde konstatiert, dass „deren politische Ideologie und Programmatik in erster Linie durch Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bestimmt“. Dies sehen sie als ein Argument für deren gemeinsames Wirken und damit auch für die Gruppenfähigkeit an.

Klar ist, dass die beiden Ratsmitglieder durch den Gruppenstatus auch weitergehende Rechte bekamen. So standen ihnen damit auch Sitze in Ausschüssen zu. Außerdem durften sie von nun an nebeneinander sitzen, was der Rat mehrfach verhindert hatte.

Doch entscheidender Faktor ist aber das Geld: Denn der zweiköpfigen Gruppe stehen rund 42.000 Euro im Jahr für Personal- und Sachkosten zu. Das sind zwei Drittel der Mittel, die der kleinsten Ratsfraktion – in Dortmund ist das die drei Ratsvertreter starke AfD – zustehen. Auch Räume stünden ihnen zu. Doch dazu kam es nicht – ersatzweise bekamen NPD und „Die Rechte“ Geld dafür. Rund 45.000 Euro pro Jahr fließen seitdem aus Steuermitteln für die „Ratsarbeit“ nach Dorstfeld.



Michael Brück und Axel Thieme

auch um die Gelder, die Ratsgruppen und -fraktionen zustehen. DR-Aktivisten warfen dem damaligen NPD-Kreisvorsitzenden Matthias Wächter insbesondere vor, dass er 2012 die Aufnahme einiger führender Vertreter des NWDO in die NPD verhindert habe.

Allerdings war Wächter nach der erfolglosen Wahl nach Mallorca „ausgewandert“, wo er in der Kneipe des früheren NPD-Bundvorsitzenden Holger Apfel arbeitete. Sein Ratsmandat hatte Wächter verloren, die NPD kam nur noch auf einen Sitz – mit 1.827 Stimmen erreichten sie 0,9 Prozent. „Die Rechte“ erreichte 2.101 Stimmen, was 1,0 Prozent der Stimmen entspricht.

Die zweiköpfige Gruppe der NPD im Stadtparlament eröffnete der stark verschuldeten Partei in der vergangenen Wahlperiode auch finanziell ganz neue Möglichkeiten: Die Arbeit des Duos wurde mit jährlich mehr als 40.000 Euro aus städtischen Mitteln bezuschusst.

Daran wollen die beiden Parteien nun offensichtlich anknüpfen – Borchardt und Thieme hatten den Antrag auf Gruppenbildung gestellt. Während sie bei den ersten Anträgen und Vorlagen offensichtlich aus Prinzip gegen die anderen Parteien stimmten, enthielten sie sich bei der Entscheidung über die Höhe der Fraktionsmittel demonstrativ der Stimme. Wenn es ums Geld geht, arbeiten „DIE RECHTE“ und die NPD offensichtlich gerne zusammen.

Der erste Antrag auf Gruppenbildung aus dem Juli 2014 war allerdings hinfällig – Borchardt hatte ja sein Mandat nach nur zwei Ratssitzungen zu Ende Juli niedergelegt. Daher mussten die Parteien im Oktober 2014 – nach dem Einzug von Dennis Giemsch – einen neuen Antrag stellen.

### Kritik an der Zusammenarbeit

Allerdings gab es im rechtsextremen Lager auch kritische Stimmen zu der Zusammenarbeit: „Nun arbeitet man also doch mit dieser Partei zusammen. Da soll sich noch mal einer über den Verrat der AfD am Wähler beschweren.“ kommentierte der User „Enttäuschter Wähler“ auf der „Nachrichten“-Seite der Partei. Und der User „Aktoris“ schrieb: „Vor der Wahl wurde immer versichert, nicht mit der NPD Dortmund zusammenzuarbeiten. Ob man bei der kommenden Wahl wieder sein Kreuz bei ‚den Rechten‘ macht bleibt fraglich, ich und meine Familie werden es jedenfalls definitiv nicht tun.“

Andere Töne schlägt da natürlich der NPD-Landesvorsitzende Claus Cremer an, der schon bei der konstituierenden Sitzung mit NPD-Ratsmitglied

Axel Thieme und dem damaligen Gruppengeschäftsführer Timo Pradel zu Siegfried Borchardt in den Ratssaal gekommen war. „Getrennt marschieren, vereint zuschlagen“ kommentierte Cremer auf Facebook „Vorausgegangen seien einige parteiinterne und parteiübergreifende Gespräche, in denen der Rahmen zu beidseitiger Zufriedenheit abgesteckt werden konnte.“ Cremer wurde später auch Gruppengeschäftsführer im Rat der Stadt Dortmund.

Vor allem die Aktiven der Partei „Die Rechte“ sehen die Zusammenarbeit mit der Dortmunder NPD eher pragmatisch: „Vielleicht sollte klarstellend hervorgehoben werden, dass sich

diese Zusammenarbeit auf die parlamentarische Arbeit bezieht. Außerparlamentarisch fährt ‚DIE RECHTE‘ ihren Kurs ebenso unbeirrt fort, wie auch in den vier Bezirksvertretungen“, versucht Michael Brück die Gemüter zu beruhigen. „An unseren politischen Forderungen und unserem Auftreten wird sich nichts, aber auch überhaupt nichts, ändern, versprochen.“ kommentierte Brück – im Wahlkampf noch Platz 3 der DR-Ratsliste und Betreiber des „antisem.it“-Versands (heute Patrioten-Propaganda).



Dennis Giemsch (rechts) mit Axel Thieme





## Ehemaliger AfD-Kreissprecher läuft zu den Neonazis über

Bernd Schreyner, ehemaliger Sprecher des AfD-Kreisverbandes Dortmund – er wurde im Januar 2018 abgewählt – ist Ende 2018 der Neonazi-Splitterpartei „Die Rechte“ bei und aus der AfD ausgetreten. Er kam damit einem Parteiausschlussverfahren zuvor.

Nachdem er sich nach eigener Aussage „massiven Anfeindungen und Verleumdungen seiner eigenen Partei“ ausgesetzt sah, die in einem Parteiausschlussverfahren gipfeln sollten, hat Schreyner zum Jahresende selbst die Konsequenzen gezogen. Vorher, noch als AfD-Mitglied, trat er bei einer Demonstration der Partei „Die Rechte“ als Redner auf und rechnete mit seiner alten Partei ab. Bernd Schreyner gehörte dem extrem-rechten Rand der AfD um Björn Höcke an – nach eigener Lesart dem „national-konservativen Flügel“.

„Gegen Herrn Bernd Schreyner läuft bereits ein Parteiausschlussverfahren, welches durch den AfD Kreisvorstand beantragt wurde. Sein neuerliches Fehlverhalten wird diesem Partei-

ausschlussverfahren zugeführt. Herr Schreyner kam von der CDU zur AfD, wo seine mutmaßlich herbeigesehnte Parteikarriere ein schnelles Ende fand“, hatte Matthias Helferich, Mitglied des Landesvorstandes der AfD NRW, noch am Abend der Demo via Facebook mitgeteilt.

Die Mitglieder der Dortmunder AfD hätten die Eröffnung eines Parteiausschlusses gegen Herrn Schreyner bereits vor wenigen Monaten mit großer Mehrheit begrüßt, teilt er weiter mit.

„Die AfD lehnt eine Kooperation mit der Partei ‚Die Rechte‘ ab. Als freiheitlich-patriotische Bürgerpartei benötigt sie weder eine Kooperation mit randständigen Altparteien wie ‚Die Rechte‘, noch eine weitere Mitgliedschaft des Herrn Schreyner“, so der AfD-Funktionär.

„Die Rechte“ steht nach Aussage des AfD-Landesverbandes auf der Unvereinbarkeitsliste der Alternative für Deutschland. Schreyner rechnet sich nun Chancen aus, bei der Kommunal-

wahl 2020 für seine neue Partei am äußeren rechten Rand mitmischen zu können.

Nach eigenen Angaben soll die Partei in Dortmund mittlerweile auf etwa 150 Mitglieder angewachsen sein. Die Neonazi-Splitterpartei erhofft sich nach eigener Aussage durch Schreyner „eine wichtige Bindefunktion zwischen dem eher gemäßigten Flügel, sowie dem national und sozialistisch geprägten Teil der Partei“.



# 25-Punkte- Programm zur EU-Wahl:

## Einführung einer

Die neonazistische Partei „Die Rechte“ um die beiden Bundesvorsitzenden Sascha Krolzig und Sven Skoda sowie Bundesgeschäftsführer Michael Brück haben zur anstehenden Wahl des Europäischen Parlamentes am 26. Mai 2019 ein 25-Punkte-Programm veröffentlicht.

In starker Anlehnung an das 25-Punkte-Programm der NSDAP von 1920 sowie den damaligen, jedoch auf Druck Hitlers zurückgezogenen Programmentwurf des linken NSDAP-Flügels um Gregor Strasser von 1926 bastelten sich die Rechtsextremisten aus Dortmund ihr provokatives EU-Wahlprogramm und machen somit ihre Ideologie mehr als deutlich. Sie übernahmen nicht nur teilweise das NSDAP-Programm, dessen Hauptautor vermutlich der damalige Mitbegründer der Deutschen Arbeiterpartei (DAP) Anton Drexler war, sondern verschärften es zudem auch in einigen Teilen.

So findet sich unter Programmpunkt 4 der Partei zum „Schutze des deutschen Heimatlandes“ die Forderung: „Söldnertruppe Bundeswehr abwickeln: Für die Bildung eines echten Volksheeres!“ In dem Pamphlet der NSDAP unter Punkt 22 hieß es damals: „Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.“

### **Schlagkräfte „Elite-Armee“ gefordert**

Die Neonazis gehen jedoch noch einen Schritt weiter und fordern neben der Wiedereinführung der Wehrpflicht und Bildung eines Volksheeres auch den Aufbau einer „schlagkräftigen Elite-Armee“. Das ist ganz im Stile und Sin-

ne der von Adolf Hitler 1925 gegründeten SS (Schutzstaffel) – seiner persönlichen Leib- und Prügelinheit.

Die SS galt als paramilitärische Elite-Armee des Dritten Reiches unter Heinrich Himmler und wurde selbst innerhalb der Wehrmacht als extrem grausam, brutal und menschenverachtend bezeichnet. Zu den Gräueltaten der SS und ihrer Kollaborateure gehörten unter anderem die Ermordung von Millionen Menschen in den Konzentrationslagern sowie unzählige Kriegsverbrechen.

Zur Vorbereitung auf diese „schlagkräftige Elite-Armee“ dürfte nicht ganz unwesentlich das seit Jahren stattfindende rechte Kampfsportevent „Kampf der Nibelungen“ (KdN) von Alexander Deptolla, Mitglied des Parteivorstandes von „Die Rechte“ aus Dortmund beitragen, oder auch die des Russen Denis Nikitin, dieser gilt als die Führungsfigur der europäischen Kampfsport-Szene. Sein Modelabel „White Rex“ organisiert und unterstützt seit mehr als zehn Jahren europaweit rechte Kampfveranstaltungen.

Durch die internationale Vernetzung der Rechtsextremisten entwickelte sich binnen kurzer Zeit auch der KdN zu einer der wichtigsten und größten Kampfsportveranstaltungen der rechtsextremen Szene mit mehreren hundert Anhängern. Diese messen dort ihre Kräfte, vernetzen sich weiter und finanzieren die „Volksgemeinschaft“ durch den Kauf von Merchandising-Artikeln und Spenden.

Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass die Wort-Bildmarke beim Deutschen Patent- und Markenamt 2016

eingetragen wurde. Die zunehmende Professionalisierung ist hauptsächlich auf den Personenkreis hinter dem KdN zurückzuführen, der aus erfahrenen Protagonisten der extremen Rechten besteht.

Es sind besonders die Strukturen der militanten „Hammerskins“ zu nennen, die seit dem ersten „Kampf der Nibelungen“ in die Organisation eingebunden sind. Dabei ist insbesondere eines der führenden Mitglieder der deutschen „Hammerskins“, Malte Redeker aus Ludwigshafen, zu nennen, der außerdem jährlich als Ringrichter fungiert. Darüber hinaus sind es die Dortmunder Neonazis um Alexander Deptolla, dessen Name sich auch als offizielles Impressum auf der KdN-Internetseite findet.

### **Rechter Kampfsport – nicht nur in Deutschland**

Das sich nicht nur in Deutschland eine Neonazistische Kampfsportszene etabliert hat, zeigen die Europäischen Vernetzungen untereinander: Diese sind z.B. Duh Voina (Russland), First to Fight (Polen), Propatria (Griechenland), Day of Glory (Frankreich), Reconquista (Ukraine) und Kampf der Nibelungen (Deutschland).

Blut, Schweiß und vor allem der kameradschaftliche Zusammenhalt ist das, was auf den Events zählt und worum es eigentlich geht. Zudem werden Seminare für die Selbstverteidigung, Straßenkämpfe usw. angeboten, zur Vorbereitung auf Schlägereien bei Demonstrationen und Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner und der Polizei.

All dies dient auch zur Vorbereitung für den von den Rechten viel beschwore-

# „schlagkräftigen Elite-Armee“ und der **TODESSTRAFE**

nen „Tag X“ und die damit verbundene politische Machtübernahme. Nicht fehlen darf in dem Zusammenhang auch nicht die Forderung der Partei „Die Rechte“, Deutschland wieder so herzustellen, wie es zu Zeiten des Nationalsozialismus gewesen ist. Dazu gehört, „deutsche Siedlungsgebiete“ wieder „heim ins Reich“ zu holen“ (...)

Die Macher derartiger Events schwören ihre Anhänger und Kämpfer immer wieder darauf ein, wie wichtig ein gestählter, gesunder und weißer Körper ist. Sie versorgen diese dementsprechend in regelmäßigen Dosierungen mit neuen Artikeln zur Gesunderhaltung und gegenseitiger Motivation des nationalen Kampfgeistes.

Mit Sätzen wie „Kein Sieger glaubt an den Zufall“, „Disziplin ist alles!“ und „Kampf ist das Weltgesetz“ sowie einem exzessiven Germanenkult wird der zukünftige einzelne „Elite-Soldat“ regelmäßig bei Laune gehalten und zugleich für die Zukunft vorbereitet und vor allem zur Wehrhaftigkeit angehalten.

Passend dazu hat sich um rechte Sportler gleich ein ganzes Sammelsurium an Modelabels etabliert. Von Kampfsportartikeln bis hin zu Büchern und CDs wird alles angeboten, was das rechte Herz höher schlagen und bei den Labels und Veranstaltern die „Kriegskasse“ klingeln lässt.

## **Wiedereinführung der Todesstrafe und Bildung von Volksgerichten**

Nach Ansichten der Partei „Die Rechte“ müssen alle Politiker (im Programm „Herrschende“ genannt) aus Berlin, Brüssel und Straßburg nach dem be-

sagten „Tag X“ gleich auf die Anklagebank – hierzu bedarf es der Einführung von Volksgerichten.

Ein Volksgericht besteht in der Regel aus zwei Richtern und drei Laien und wurde für die beschleunigte Verurteilung schwerer Straftaten eingerichtet. Passend dazu wird auch gleich eine Forderung zur Bestrafung gefordert: Die Todesstrafe für Hoch- und Landesverrat, Mord und „extreme Fälle von Vergewaltigung und Drogenhandel“.

Im Gegensatz zum NS-Regime, das die Todesstrafe zunächst für bis zu 77 Tatbestände vorsah und ab 1944 letztendlich für jeden Verstoß gegen das „gesunde Volksempfinden“ verhängte, begnügen sich die Rechtsextremisten aus Dortmund mit fünf Tatbeständen – vorerst.

Denn auch ihr großes Vorbild Adolf Hitler sagte damals schon: „Nach zehn Jahren Zuchthaus ist der Mensch sowieso für die Volksgemeinschaft verloren. Solchen Kerl steckt man entweder in ein Konzentrationslager oder tötet ihn. In letzter Zeit ist das letztere wichtiger, um der Abschreckung willen.“

Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass wie damals Journalisten mit einem eigenen Punkt in dem Programm bedacht werden. Als Beispiel führen die Rechtsextremisten u.a. die „Hetzjagden von Chemnitz“ an und bezeichnen diese als Erfindung der Medien. Mit anderen Worten: Wer etwas veröffentlicht, das nicht in das Weltbild der Neonazis passt, wird als ‚Lügenpresse‘ diffamiert und soll in einem Verfahren „abgeurteilt“ und bestraft werden.

Wie diese Strafe nach dem „Tag X“ ausfällt, hat nicht nur die Vergangenheit, sondern auch die Gegenwart unzählige Male gezeigt. Damit wäre nicht nur

das Ende der Pressefreiheit absehbar, vielmehr müssten Journalisten um Leben und Gesundheit bangen, wenn sie in Deutschland blieben. Es sei denn, sie fügen sich und berichten über die „Wahrheit“, welche die neuen „Macht-haber“ ihnen diktieren.

Der Journalist wäre folglich Propagandist, Volkserzieher und Sprachrohr der Nazis – und nicht mehr ein Bestandteil einer unabhängigen vierten Gewalt. Josef Goebbels sagte damals in einer Rede im Jahre 1933 über die Aufgaben des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda vor der Presse:

„Es genügt nicht, die Menschen mit unserem Regiment mehr oder weniger auszusöhnen, sie zu bewegen, uns neutral gegenüberzustehen, sondern wir wollen die Menschen so lange bearbeiten, bis sie uns verfallen sind, bis sie auch ideenmäßig einsehen, daß das, was sich heute in Deutschland abspielt, nicht nur hingenommen werden muß, sondern auch hingenommen werden kann.“

Quelle: Rede vor der Presse über die Errichtung des Reichspropagandaministeriums (15. März 1933), in Joseph Goebbels, Revolution der Deutschen: 14 Jahre Nationalsozialismus. Oldenburg, 1933, S. 135-50.

Alles in allem geht es in dem Parteiprogramm um Umerziehung des Volkes im Geiste von 1933, gespickt mit Anlehnungen an die NS-Diktatur und ihre Ideologie. Einzig zu dem Punkt bezüglich der Juden haben sich die Dortmunder Rechtsextremisten der Partei „Die Rechte“, im Gegensatz zu dem NSDAP-Programm von 1920, in ihrem Parteiprogramm (noch) nicht geäußert. *Text: Marcus Arndt*

# Überfremdungsnarrative – Angsträume und Nordstadt



Es ist so etwas wie ein Markenzeichen der Partei „DIE RECHTE“: das Schüren von Hass und Ressentiments gegen Migrantinnen und Migranten. Das Schlagwort lautet dabei zumeist „Überfremdung“. Damit soll die vermeintliche Omnipräsenz/Überpräsenz in Deutschland skandalisiert werden.

Als „Fremde“ gelten dementsprechend Menschen, die von der extremen Rechten etwa aufgrund phänotypischer Merkmale als „undeutsch“ bestimmt werden. Ferner impliziert das Überfremdungsnarrativ immer eine Bedrohung, die von der Menschengruppe der „Nicht-Deutschen“ ausgeht oder zu erwarten sei. Vor eben jener müs-



se sich das „deutsche Volk“ schützen, um selbiges der eigenen, rassistischen Ideologie entsprechend „rein zu halten“ bzw. den „natürlichen“ Lebensraum zu wahren.

Diese Bedrohung wird besonders mit der Ankunft und Aufnahme geflüchteter Menschen im Jahr 2015 in Verbindung gebracht, stellt jedoch aus Neonazi-Sicht nur einen (weiteren) Höhepunkt dar. Durch weitere Zu- bzw. Einwanderung und die Präsenz von „Undeutschen“ bleibe Überfremdung ein kontinuierliches Problem, dass es zu bekämpfen gelte.

Das gezeichnete Bedrohungsszenario der extremen Rechten betrifft die unterschiedlichsten Gesellschaftsbereiche. Ob Schulen mit zu hohem „Ausländeranteil“, drohende Islamisierung durch den Bau von Moscheen (im Neonazi-Jargon „Orte des Terrors“), oder das überlastete, weil überfremdete, „deutsche Sozialsystem“.

## Von unkontrollierter Einwanderung zu unkontrollierbaren Angsträumen

Getreu dem Wahlkampf motto „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“, welches allerdings nicht nur die Partei „Die Rechte“ nutzt, wird immer wieder betont, dass es sich nicht um „echte“ Asylsuchende, sondern vielmehr um Wirtschaftsflüchtlinge und kriminelle sowie gewaltbereite Ausländer han-

dele. Für die Neonazis sind Geflüchtete und Zugewanderte kaum mehr als „Sozialschmarotzer“, die sich am deutschen Sozialsystem bereichern wollen.

Das Resultat aus Neonazi-Sicht: „Immer mehr Fremde strömen in unsere Stadt, gelangen in den Genuss von Sozialleistungen und tragen zur Entstehung von Parallelwelten bei.“ Scharnhorst, Hörde, oder Westerfilde seien für „zahlreiche Deutsche“ „Angsträume, in denen sie sich aufgrund ihrer eigenen Kultur und Identität unwohl fühlen“. Binnen kürzester Zeit finde „ein Bevölkerungsaustausch durch die Einwanderungskultur und raumfremder Ausländer statt“.

Oft würden Kriminalität und Verelendung das Straßenbild ganzer Stadtviertel prägen. Dazu beitragen würde zudem die mutmaßliche Islamisierung, die etwa am geplanten Bau zweier Moscheen in Lindenhorst abzulesen sei und gegen die im Wettrennen mit anderen extrem rechten Kräften im Jahr 2018 fleißig mit Flyern und Infoständen mobilisiert und mit einer Demonstration protestiert wurde.

Ein Hauptaugenmerk der rechten Angstraumnarrative liegt schon länger auf der Dortmunder Nordstadt, die als interkultureller Stadtteil mit besonders hohen Anteilen von Migranten und Migrantinnen gilt. Durch angeblich „undeutsche“ Aktivitäten (Drogenhandel, Überfälle und/oder sexuelle Übergriffe uvm.) würde diese immer mehr zu einem „Multikulti-Ghetto“ voller



„Ekelhäuser“, konkreter dem „Nordstadt-Ghetto“ verkommen – so der Nazi-Jargon.

Bereits an dieser Wortkonstruktion lässt sich die von den Neonazis imaginierte und rassistisch-begründete Korrelation aus interkulturellem Zusammenleben und ghettohaften Zuständen wie Baufälligkeit oder Kriminalität ablesen. Ferner ist die Nutzung des Wortes „Ghetto“ mit Rekurs auf den Nationalsozialismus bzw. auf die von Neonazis bestimmten „Wohngebiete“ für Juden und demnach Wohngebiete für sogenannte „Untermenschen“ eine weitere Provokation.

Den Feindbild-Charakter dieses Stadtteiles fundiert neben der Existenz von „Undeutschen“ auch die Ansässigkeit diverser interkultureller, vermeintlich linksextremer Einrichtungen und Projekte, die vor der „Bedrohung durch Migranten“ schlichtweg die Augen

schließen und die Nordstadt „gerne realitätsfremd als eigenen Freiraum deklarieren“ würden.

Noch schlimmer sei es natürlich, in besser „Gutmenschen-Manier“ auch noch nach Gründen zu suchen, um Kriminalität zu relativieren oder nachvollziehbar zu machen. Konsequenterweise kommt es auch zu Angriffen wie 2016 auf das Kulturzentrum „Langer August“ und die Privatwohnung eines politischen Gegners, welche mit Farbbomben zugedeckt wurden.

Inwiefern sich aus Neonazi-Sicht das Leben und Geschehnisse in der Nordstadt zu einem Ghettobild verdichten bzw. zu einem solchen gemacht werden, lässt sich mit Blick auf die nazi-interne Berichterstattung nachvollziehen.

### **Nazi-Interne Berichterstattung zur Nordstadt**

Das von der Partei „Die Rechte“ gezeichnete Bild der Dortmunder Nordstadt von beständigem Drogenhandel, Vergewaltigungen und Gewalttaten spiegelt sich vor allem in der Berichterstattung des rechtsextremen Nachrichtenportals „DortmundEcho“ wider.

Hinsichtlich der Bilder, die in den Artikeln Verwendung finden, kann festgehalten werden, dass es sich zumeist um bedrohliche, alarmierende und/oder gewaltvolle Motive handelt. So etwa ein mit Blut beflecktes Küchenmesser, Polizeisirenen, ominöse Personen mit Pistolen in der Hand, randalierende Autonome oder eine weiße Frau, die von einer schwarzen Hand gewürgt wird. Diese sind in den allermeisten Fällen Symbolbilder oder gestellte Fotografien, d.h. keine tatsächliche Bilder, die im Kontext der Geschehnisse entstanden sind.

Häufig stehen diese im Widerspruch zum eigentlichen Haupttext. So wird beispielsweise das Bild von einem Polizeihelikopter verwendet, wenn es um einen bewaffneten Raubüberfall geht, obwohl sich dem überhaupt keine Hubschrauberfahndung anschloss. Eine Liste solcher Beispiele könnte nach Belieben endlos fortgesetzt werden und zeugt vom journalistischen Unvermögen der Verfasser.

Die tendenziös-beängstigenden, wenn auch athematischen Bilder werden ergänzt durch reißerische Überschriften in oftmals repetitiver Konstrukti-





onsweise („Nordstadt: Art des Delikts + Bezugnahme auf die Herkunft des Täters“) und Fließtexte, die ohnehin nur die negativen Seiten des Stadtteils beleuchten. Berichte über die Kriminalität von Deutschen, solange es keine politischen Gegner sind, finden äußerst selten Einzug in die Artikel des „DortmundEchos“.

Somit wird weiteres „Beweismaterial“ generiert, welches sich letztlich zum Bild eines „Nordstadt-Ghettos“ verdichten soll. Des Weiteren geben die Berichte des Dortmunder Neonazis Siegfried Borchardt in seinem Amt als Mitglied der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord Aufschluss darüber, welche Themen „die Rechte“ in Bezug auf die Nordstadt für relevant bzw. skandalträchtig betrachtet.

Der sich selbst als „euer Mann im Norden“ bezeichnende Siegfried Borchardt hat mittlerweile in Dorstfeld sein Zuhause gefunden. Nichtsdestotrotz sitzt er in der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord. Als wohl bekanntester Neonazi Dortmunds kann seine

Platzierung in besagtem Gremium als Provokation verstanden werden – der Versuch, ein Dorn im Auge des verhassten „Multikultighettos“ und seiner Vertreterinnen und Vertreter zu sein.

Einen seiner Berichte aus der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord (06/2018) beginnt er damit, das „Integrationsprojekt‘ Nordstadt“ für gescheitert zu erklären: „Kurz gesagt, im Norden nichts Neues.“ Die diversen Sachstandsberichte machten ihm Angst und würden von den anderen Vertretern als Erfolge gefeiert. Diese bezichtigt er der Lüge. Valide Auskünfte zur Situation im Stadtviertel erhielte man nur von den „kleinen Leuten“, Bewohnerinnen und Bewohnern des Viertels.

In einem tendenziösen TV-Bericht, der von der Partei schon an anderer Stelle als Beweismaterial für die desolaten Zustände vor Ort benutzt wurde, sagt ein Anwohner: „Wer in der Nordstadt wohnt, braucht die Hölle nicht mehr zu fürchten.“ Jeder sehe dies und wüsste dies und auch Borchardt selbst habe vor 35 Jahren schon vor der drohenden Ghettoisierung im Dortmunder Norden gewarnt.

Die Verbrüderung mit dem „gemeinen Volk“ geht also mit der eigenen Aufwertung als vorhersehender, verantwortungsbewusster „Politiker“ und einer doppelten Abgrenzung einher: zum lügenden Establishment („Denen-Da-Oben“) und den kriminellen „Un-deutschen“, denen kein Einhalt gebo-

ten würde. Ein strategisches Manöver, um seiner rassistischen „Volksnähe“ Ausdruck zu verleihen und sich in klassischer Neonazi-Rhetorik als verkannter Opfer-Prophet zu stilisieren.

Die von Borchardt angeführten Lösungsvorschläge zum Umgang mit drogenabhängigen Menschen und zugewanderten Sinti und Roma sind infolgedessen repressiv und menschenfeindlich. Er beanstandet pauschalisierend, dass süchtige Menschen den ganzen Tag beschäftigt sind, ihre Sucht zu stillen und demnach keine Zeit haben, sich karitativen Angeboten zu zuwenden.

Die Menschengruppe der Sinti und Roma, die er als „in Massen einwandernde Zigeuner“ beleidigt, bezeich-





net er sinngemäß als nicht integrierbar und verlangt als Lösung die „Familienzusammenführung in den Heimatländern“ - ein Euphemismus für Abschiebungen. Antiziganismus (Feindlichkeit gegenüber Sinti und Roma) in Reinform, für den „die Rechte“ auch in DortmundEcho-Artikeln über mutmaßliche „Roma-Clans“ bekannt ist. Daran anschließend begrüßt Borchardt die Ausstattung der Außendienstmitarbeitenden des Ordnungsamtes mit Teleskopschlagstöcken. Gleichwohl würde sich dadurch nichts verändern, denn die umsichtige und einfühlsame Arbeitsweise der Behörden wird als eigentliche Problemursache benannt.

Hier zeichnet sich der rechtsextreme Wunsch nach einer martialisch-durchgreifenden gewalttätigen Exekutive ab. Dass diese sich natürlich nur gegen die „undeutschen“ Störenfriede richten soll, wird spätestens hinsichtlich der diversen Demonstrationen der Partei „die Rechten“ zum Thema „Polizeiwillkür“ klar. So wurde etwa die Demonstration vom 21.09.2018 deren antisemitischen Parolen es bis in die Tagesschau schafften, eigentlich zum Thema „Polizeigewalt“ angemeldet.

Schlussendlich kann festgehalten werden, dass, sobald die ansonsten erwünschten Repressionen „gesetzestreue Nationalisten“ treffen, der entgegengesetzte Standpunkt eingenommen und die opportunistische wie widersprüchliche Strategie der

extremen Rechten erkennbar wird. Als Ersatz für die angeblich versagenden Ordnungskräfte des Staates soll dann der von der Partei ins Leben gerufene „Stadtschutz Dortmund“ fungieren.

### **Parteiinterner Stadtschutz – Für mehr Sicherheit**

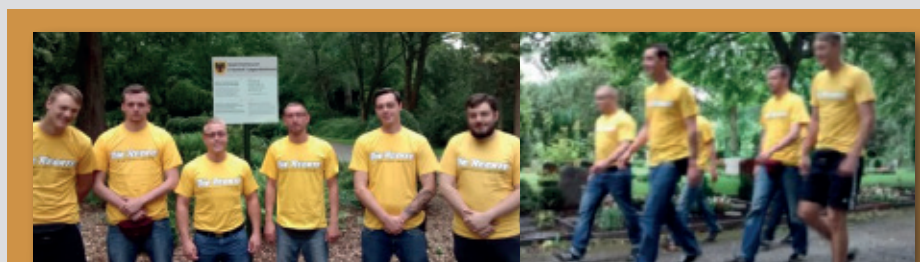
Der „Stadtschutz Dortmund“ wurde bereits 2014 von der Partei „die Rechte“ ins Leben gerufen. Die Idee einer solchen „Bürgerwehr“ ist Teil des klassischen Aktions-Repertoires diverser rechtsextremer und rechtspopulistischer Gruppierungen. Uniformiert mit gelben Hemden - angelehnt an die verbotene Kameradschaft „Nationaler Widerstand Dortmund“, BVB-Farben oder die Nachrichtenabteilung der SA - geben die rechtsextremen Hobby-polizisten vor, die ansonsten verhasste Polizei bei Fahndungen unterstützen zu wollen und für „Recht und Ordnung“ zu sorgen – gerade in besagten „Angsträumen“.

In einem von Michael Brück unterschriebenem Flyer heißt es konkreter, dass die „praktische Hilfe für Opfer von

Ghettoisierung und Kriminalitätsexplosion“ ein angestrebtes Ziel ist. Dass hierbei ein exklusives Schutzgebot nur für „richtige“ Deutsche gilt und hinzukommend (politische) Gegner und Gegnerinnen bedroht und eingeschüchtert werden sollen, findet keine Erwähnung.

Dies zeigt jedoch unter anderem ein angeblicher Kontrollbesuch eines vermeintlichen Schwulenparkplatzes auf der Autobahn bei Kirchlinde 2015, der auf Youtube dokumentiert ist. Die Aktivisten versuchen dort, verschiedene Personen beim Geschlechtsverkehr zu ertappen und/oder bloßzustellen. Die beabsichtigte Kontrolle wegen „Erregens öffentlichen Ärgernisses“ entpuppt sich spätestens dann als krude Farce, wenn sich einer der Aktivisten zum Schutz vor Krankheiten schwarze Handschuhe überzieht. Verängstigung und Homophobie sind die eigentlichen Intentionen.

Es bleibt dabei: der „Stadtschutz“ ist lediglich ein Vehikel für Provokation, Parteiwerbung und zur Verbreitung menschenverachtender Einstellun-



Screenshots



gen, dessen Einsatzplanung reinem Opportunismus unterliegt. So ist es auch kaum verwunderlich, dass nahezu nie im als zentralen Angstraum proklamierten „Nordstadt-Ghetto“ patrouilliert wird. Des Weiteren fand der „Stadtschutz“ seit Anfang 2016 nur noch äußerst selten Erwähnung in der parteiinternen Berichterstattung. Erst im März 2018 kam es zu einer Reanimierung des Provokationsvehikels.

Als die Essener Tafel mit ihrem Abschluss von nicht-deutschen Staatsangehörigen negative Schlagzeilen machte, bot „die Rechte“ ihre Hilfe für die Essensausgabe bei der Dortmunder Tafel an. Die „Negativentwicklung“ an den Tafeln könne, laut „Dortmund-

Echo“, deutschlandweit beobachtet werden. Neben der immer länger werdenden Liste bedürftiger Menschen, so wird konstatiert, habe „sich in den letzten zwei Jahren – parallel zur Asyleinwanderung – der Umgangston deutlich verschärft, Mitarbeiter schildern immer wieder auch Übergriffe und eine Selbstbedienungsmentalität mancher Personen, zumeist sind diese junge, männliche Einwanderer“.

Demnach bieten die Neonazis zusätzlich zur Essensausgabe eine Unterstützung bei der Durchsetzung des „Hausrechts in den Räumlichkeiten der Tafeln“ an, um diese Bedrohung abzuwenden. Es zeigt sich zum wiederholten Male, inwiefern die vorgebliche

„Arbeitsgruppe innerhalb der Partei“ Propagandainstrument für die menschenverachtende Ideologie der Neonazis ist. Fernerhin zeigte sich Mitte 2018, dass der „Stadtschutz“ mit Bezugnahme auf die Angstraum-Thematik auch als reizvolle Aktionsform für Jugendliche von der Partei beworben wird, um neue Mitglieder bzw. Aktivistinnen und Aktivistinnen zu rekrutieren.

### **Das Spiel mit dem Angstraum – Rekrutierung von Jugendlichen**

In der lediglich wenige Seiten umfassenden Jugendzeitschrift „Heute Jung“ der Partei „Die Rechte“, die im Sommer 2018 an diversen Dortmunder Schulhöfen verteilt wurde, erhielt das Thema der von Überfremdung geprägten Angsträume einen Artikel. Die Bedeutung der Thematik für die extreme Rechte in diesem Kontext, der Ansprache und Rekrutierung von Jugendlichen und jungen Menschen, wird somit ersichtlich. Die Überschrift „Handeln, während andere noch reden: Wir wollen Sicherheit“ offenbart die Stoßrichtung der Rekrutierungsstrategie, deren Kernaspekte sich fortlaufend im Haupttext weiter entfalten.

In gewohnter „Wir-Die-Manier“ wird die hierarchisierende Unterscheidung von Reden und Handeln als Abgrenzungsmotiv zum Establishment (die Anderen) genutzt. Reden ist in diesem Sinne, so zeigt sich im weiteren Textverlauf,



Screenshot





Sascha Krolzig



Christian Worch



gleichzusetzen mit dem „Versagen der etablierten Politik“ und deren Handlungslohnmacht, wohingegen die eigene Partei als handlungsmächtige Akteurin und Gegenkraft inszeniert wird. Mit diesen Formulierungen versucht die Partei „Die Rechte“ gezielt, Jugendliche anzusprechen. Sie setzt dabei an der vielerorts monierten „Politikverdrossenheit“ der Jugend an, die sich mutmaßlich nicht (mehr) für lange, öde Reden von Politiker und Politikerinnen begeistere und stattdessen lieber aktiv zur Tat schreite.

Die Anschlussfähigkeit dieser Logik zum extrem rechten Weltbild ist naheliegend. In diesem wird aktiv-handlegenden, hart-arbeitenden Deutschen die Herrschaft über Feindbildern wie den „nur“ mit Zahlen und Worten hantierenden Intellektuellen und Juden zugesichert. Mit der direkten Ansprache, „Werde auch Du zum Teil der Lösung, statt nur über die Probleme zu meckern und die Füße still zu halten“, werden die Jugendlichen aufgerufen, sich zu beteiligen. Sie könnten letztlich eine Aufwertung gegenüber allen „Nichtstuern“ und „Phrasendreschern“ erfahren.

Für den politischen Aktionismus gegen Angsträume bedeutet zur Tat schreiten aus Sicht von „Heute Jung“ die Teilnahme an besagten „Stadtschutz-Rundgängen“, aber auch Pfefferspray-Verteilaktionen. So sollen vor allem Frauen und alte Menschen vor der angeblich



zunehmenden Bedrohung in besagten Stadtvierteln geschützt werden.

Als Hauptverantwortliche für die steigende Kriminalität werden wie so oft „junge, männliche Einwanderer (oft als nordafrikanische Asylbewerber nach Deutschland eingereist)“ ausgemacht, denen die Neonazis in ihrer rassistischen Routine besonders starke, kriminelle Energie und unstillbaren Sexualtrieb zuschreiben. Vor diesen müssten „die Deutschen“ und noch konkreter „die deutsche Frau“ oder „unsere Frauen und Mädchen“ geschützt werden oder sich eben mit Pfefferspray selbst zur Wehr setzen.

In diesem Kontext erfahren Frauen eine Zuschreibung als aktive Subjekte, obwohl diese in rechtsextremen Weltbildern eher als passiv bzw. als „Zu-Beschützende“ beschrieben werden. An diesem Punkt soll exkursiv angemerkt

werden, dass auch in extrem Rechte(n) Szene(n) z.T. eine Flexibilisierung von geschlechtsspezifischen wie -übergreifenden Erwartungen beobachtet werden kann. Das kann daran liegen, dass Modernisierungsprozesse diese Gruppen auch nicht unberührt lassen.

So werden Frauen abhängig vom ideologischen Fokus für spezifische Rollen benötigt: etwa um klischeehafterweise die Szene „weicher“ erscheinen zu lassen und das Fortleben des „deutschen Volkes abzusichern“ oder aber auch als Schlägerinnen und wortführende Politikerinnen, die zeigen sollen, dass Rechtsextremismus eben nicht nur eine Männersache ist. Für die Angstraumnarrative ist dies nicht ohne Bedeutung. So kann mitunter erwartet werden, dass sich im Kontext des (Raum-)Kampfes gegen die Überfremdung auch verstärkter Frauen verschiedenartig in Szene setzen werden.

# Die Neonazis und der Fußball



Die unheilvolle Allianz von Neonazis und rechtsextremen Hooligans hat in Dortmund Tradition. Die traditionelle Hooligan-Szene schien im Herbst 2014 wie im Rausch: Von einem „Fanal des Aufbruchs“ war auf einer einschlägigen Internetplattform die Rede. Endlich hätten „unsere Männer Gesicht für unser deutsches Vaterland gezeigt“, heißt es an anderer Stelle. Und einer prophezeit: „Köln war nicht das Ende, Köln war der Anfang!“

Die Zeit, in der rechtsextreme Aufmärsche, die angesichts häufiger Blockaden, geringer Teilnehmerzahlen und endloser Reden für die erlebnisorientierten Hooligans lange unattraktiv waren, schien nach der Großdemonstration in Köln überwunden.



## „Hooligans gegen Salafisten“

Insofern überrascht es nicht, dass die rechtsextremen Aktivisten der Internetgruppe „Hooligans gegen Salafisten“ oder kurz „HoGeSa“ die Demonstration am 26. Oktober 2014 zu einem neuen Anfang ausriefen, der den einen oder anderen mit beschränktem Weltbild von einer neuen „Volksfront“ fantasieren ließ.

In Dortmund traf diese Bewegung traditioneller Hooligans auf eine Struktur, die schon lange die Verbindung von Fußball, Politik und Gewalt propagiert hat, nämlich der „Borussenfront“. Diese formierte sich in den 80er Jahren um den wohl prominentesten Dortmunder Rechtsextremen Siegfried Borchardt.

Zusammen mit rund zwei Dutzend weiteren Dortmunder Neonazis nahm Siegfried Borchardt gemeinsam mit dem aktuellen Ratsmitglied der Partei „Die Rechte“, Michael Brück, am 28. September 2014 in Dortmund an einer „Gemeinsam sind wir stark“-Veranstaltung teil, die von Dominik H. Roeseler – damals stellvertretender Parteivorsitzender und Kreisvorsitzender in Mön-



chengladbach für die rechtspopulistische Bewegung PRO NRW – organisiert wurde.

Die Bewegungen der rechtsextremen Althooligans, die unter den Namen „HoGeSa“ und „Gemeinsam sind wir stark“ firmierten, sollten relativ schnell an Bedeutung verlieren, aber die zu dieser Zeit entstandenen Netzwerke, die eine Verbindung von Hooligans, Neonazis und Fußball anstrebten, beschäftigen die Gesellschaft bis heute.

## Kontakte nach Chemnitz und Cottbus

Nach dem Mord an einem schwarzen Deutschen in Chemnitz, der mutmaßlich von einem Iraker und einem Syrer getötet wurde, finden sich am 27. August 2018 ca. 6000 Personen auf

einer von der rechtsextremistischen Initiative „Pro Chemnitz“ angemeldeten Kundgebung ein. Unter den Teilnehmern befanden sich auch rechts-extreme Hooligans der Chemnitzer Fußballszene wie „HooNaRa“ (Hooligans-Nazis-Rassisten), „NS-Boys“ und „Kaotic Chemnitz“.

Zu diesen Gruppen pflegt die rechts-extreme Szene aus Dortmund intensive Kontakte, so begleiten Aktivisten wie z.B. Michael Brück und Christoph Drewer wiederholt die Chemnitzer und Cottbuser „Kameraden“ zu Auswärts-spielen gegen Vereine mit antifaschistischen Fanszenen. Insofern dürfte die Teilnahme von Dortmunder Neonazis an den Demonstrationen und Kundgebungen in Chemnitz die wenigsten Beobachter überrascht haben.

### „Northside“-Hooligans

Auch in Dortmund pflegen Aktivisten der rechtsextremen Szene gute Kontakte zur „jüngeren“ Hooligan-Szene um die Gruppe „Northside“. Während sich die Gruppe selbst eher als unpolitisch versteht, sprechen personelle Überschneidungen mit der rechtsextremen Szene und gemeinsame Aktivitäten im Rahmen des „Kampf der Nibelungen“ (einer vom Aktivisten Alexander Deptolla organisierten rechtsextremen Kampfsportveranstaltung) eine andere Sprache. So besuchte 2018 der rechtskräftig verurteilte Mörder des Punks Thomas Schulz (der am Ostermontag 2005 in Dortmund erstochen wurde) Sven Kahlin (heute Sven S.) ein von Alexander Deptolla organisiertes Kampfsportevent.

Interessant an dem Auftreten von Sven S. war vor allem, dass er es sich nicht nehmen ließ, beim „Kampf der Nibelungen“ ein Shirt mit der Aufschrift „Dortmund Hooligans“ zu tragen, das der Gruppe „Northside“ zugeordnet werden kann. Neben Sven S. haben auch andere Dortmunder Neonazis wie z.B. der inzwischen verzogene Franz P. sich auf Seiten der „Northside“ an Auseinandersetzungen beteiligt.

Auseinandersetzung mit der Partei „DIE RECHTE“



Foto: Marcus Arndt

### Massiver Druck auf Ultras

Angeht diese personellen Verflechtungen zwischen Neonazi- und „unpolitischem“ Hooliganmilieu überrascht es wenig, dass – wie die *Ruhrnachrichten* berichteten – am 24. März 2018 eine Gruppe von 25 bis 30 „Northside“-Mitgliedern (unter ihnen mindestens ein Aktivist der rechtsextremen Szene) den Ultras von „The Unity“ einen Besuch in deren Räumen abstatteten.

Auslöser für diesen unfreundlichen Besuch der Hooligans war die Entfernung

von Neonazis von einem Spiel der zweiten Mannschaft des BVB durch Ultras. Ziel dieses Besuchs war, jegliche Formen von antifaschistischem Engagement innerhalb der Ultra-Szene endgültig zu unterbinden. Die von der „Northside“ verkündeten neuen Regeln und Verhaltensweisen für eine „entpolitisierte“ Südtribüne sollen dazu beitragen, dass Neonazis wieder ungehindert im Stadion aktiv sein können.

Dieser als „einschüchternde Machtdemonstration“ titulierte Auftritt der „Northside“-Hooligans zeigte seine





Screenshot: KdF

Wirkung. So konnte Sven S. gemeinsam mit Timo K. (der im Rahmen des Verbotsverfahrens gegen den „Nationalen Widerstand Dortmund“ ein Stadionverbot für das Zeigen eines „Solidarität mit dem NWDO“ Spruchbandes erhalten hatte) das Bundesliga-Spitzenspiel zwischen Borussia Dortmund und dem FC Bayern München am 10. November 2018 im Herzen der Südtribüne von Block 13 aus verfolgen.

Wie gravierend der Übergriff der Hooligans auf die Ultras gewesen sein muss, lässt sich den Ruhrnachrichten zufolge daran erkennen, dass Ultras Sven S. die Hand geben mussten. „Ein sichtbares Zeichen einer erzwungenen Akzeptanz. Wer den Handschlag verweigert, outet sich als Gegner – und muss mit Repressionen rechnen.“



Alexander Deptolla

Während ein größerer Teil der Dortmunder Neonaziszene sich lieber zum Fußball nach Chemnitz und Cottbus begibt, ermöglicht die Allianz zwischen Akteuren des rechtsextremen Kampfsport-Milieus und der „unpolitischen“ Hooligan-Szene, dass einzelne bekannte Gesichter der rechtsextremen Szene ungestört die Spiele des BVB besuchen können bzw. dort hofiert werden müssen. Damit ist zudem ein Instrument vorhanden, um unliebsames politisches Engagement unter Ultras zu sanktionieren.

### **Kampfsport- und Erlebnissubkultur**

Während der Kölner Aufmarsch als Höhepunkt der von Hooligans organisierten Demonstrationen in der Lage war, das „alte“ rechtsextreme Hooliganmilieu zu aktivieren und die bestehenden Netzwerke zu stärken, gelingt es der rechtsextremen Szene inzwischen, jene „unpolitischen“ Hooligans, die sich den Aktivitäten von „HoGeSa“ und „Gemeinsam sind wir stark!“ verwehrt haben, über die gemeinsame Kampfsport- und Erlebnissubkultur für ihre Zwecke einzuspannen.

Was der Szene-Kenner und Autor Johannes Radke im Herbst 2014 aussprach, nämlich dass die „rechtsextreme Szene [...] auf Zulauf von bislang unpolitischen Hooligans“ hofft, ist insofern Realität geworden, als sich über das vermeintliche Ideal einer „unpoliti-

schen“ Szene, d.h. einer Szene frei von Engagement gegen Diskriminierung, ein gemeinsames Betätigungsfeld eröffnet hat, das sich über den gemeinsamen politischen Feind definiert.

Für die Dortmunder Neonazis ist die unerwartete Schützenhilfe ein neues Reservoir von potentiellen Mitläufern und Schlägern, die sie seit Jahren und Jahrzehnten schon unter gewaltbereiten Fans, Hooligans und Ultras zu rekrutieren versuchen. Auch wenn diese Schläger aufgrund eines „unpolitischen“ Selbstverständnisses nur bedingt in die politischen Aktivitäten eingebunden werden können, sind die Beiträge der „Northside“ im Kampf gegen Andersdenkende und politische Gegner sowie ihr Beitrag zur Einschüchterung unliebsamer Pressevertreter eine Hilfestellung, die die rechtsextreme Szene nicht missen möchte.

Auch wenn mit dem Niedergang von „HoGeSa“ die organisierte Hooliganszene als politischer Akteur aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden ist, muss die Gefahr, die von politisch motivierten Hooligans ausgeht – vor allem in Bezug auf fußballbezogene subkulturelle Milieus – sehr ernst genommen werden. Eine klare Botschaft aus Ultrakreisen, wie dem Spruchband aus der Saison 2014/2015, das klare Worte an die Neonazis richtete: „@Die Rechte: Ihr habt mit unserem Derby nichts zu tun! Verpisst euch!“, wäre aktuell aufgrund des Engagements der „Northside“ nicht vorstellbar.

# ANTISEMITISMUS und „Israel-Kritik“

## Der ideologische Stellenwert der Judenfeindschaft für die Partei

Am 21. September 2018 marschierten ca. 100 Neonazis durch die Straßen der westlichen Stadtteile Dortmunds. Dieser für Dortmund nicht ungewöhnliche Vorfall rief weit über die Grenzen Dortmunds hinaus Entsetzen hervor, wurde der Aufmarsch unter Abwesenheit zahlenmäßig adäquater Polizeikräfte doch von „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit“-Rufen der Demonstrationsteilnehmer begleitet. Dieser Vorfall steht sinnbildlich für die an den Nationalsozialismus anknüpfende Ideologie der Dortmunder Neonaziszene, deren Kern nach wie vor der Antisemitismus ist.

Wo auch immer die rechtsextreme Szene Dortmund oder ihr parteilicher Ableger „Die Rechte“ auftreten, die öffentliche Inszenierung ihrer antisemitischen Gesinnung gehört zum festen Repertoire. Anlässlich des 70. Geburtstages Israels meldeten die Neonazis eine Kundgebung in der Dortmunder Innenstadt an, auf der sie öffentlich ihren Vernichtungswunsch gegen Israel und gegen Juden artikulieren konnten. Unter dem Motto „Israel ist unser Unglück“, das nicht von ungefähr an das Motto der historischen Nationalsozialisten „Die Juden sind unser Unglück“ erinnert, wurde der Wunsch geäußert, Israel möge nicht noch weitere 30 Jahre existieren.

Positiv wurde im Rahmen der Veranstaltung von den Neonazis bewertet, dass sich

junge Männer mutmaßlich arabischer Herkunft ihnen anschlossen, die gemeinsam mit den Neonazis vor dem Spruchband das Victory-Zeichen zum Besten gaben. Die Vereinigung mit dem arabischen Nationalismus und die Verbrüderung mit islamischen Antisemiten hat Tradition, war doch der Urvater der palästinensischen Nationalbewegung, der Mufti von Jerusalem, Mohammed Ami al-Husseini, ein glühender Verehrer des deutschen Antisemitismus und ein politischer Kollaborateur der Nationalsozialisten.

In dieser Tradition sieht sich die Dortmunder rechtsextreme Szene bis heute, wenn sie den Ausschluss der Zuwanderer aus der deutschen Gesellschaft

via Abschiebung fordert und zugleich regelmäßig positiv Bezug nimmt auf den Antisemitismus der palästinensischen Nationalbewegung, der Hamas und der libanesischen Hisbollah. So beteiligten sich die führenden Köpfe der Dortmunder Szene bereits 2014 an den antisemitischen Demonstrationen gegen Israel, die mehrheitlich von Personen mit Migrationshintergrund getragen und organisiert wurden.

### Israelbezogener Antisemitismus bzw. Antizionismus

Dass der israelbezogene Antisemitismus bzw. Antizionismus der Neonazis eine Form des Antisemitismus ist, verdeutlicht nicht nur die Tatsache, dass es im Rahmen der Kundgebung gegen Israel sowie im Anschluss an die Veranstaltung zu körperlichen Übergriffen auf einen jüdischen Dortmunder kam.

Der beständige positive Bezug auf Antisemitismus gepaart mit dem aggressiven Engagement gegen den jüdischen Staat Israel verdeutlichen, dass die von Brück als gezielte „Aktionen gegen den israelischen Staat“ bezeichneten Veranstaltungen, „wo wir uns mit dem palästinensischen Volk solidarisiert haben“ (WDR-Beitrag), Teil einer antisemitischen Öffentlichkeitskampagne der rechtsextremen Szene sind.

Vor allem für die europaweite Vernetzung spielt der Antisemitismus als verbindendes Element nationaler Bewegungen





eine bedeutende Rolle. So stand die in Dortmund stattfindende Demonstration eines europaweiten Bündnisses mit dem Titel „Europa erwache“ unter dem Motto „A world without Zionism“. Das Spruchband stand hinter dem Rednerpodest und neben dem antisemitischen Spruch war der ehemalige iranische Präsident Mahmud Achmadeschād abgebildet, ein glühender Antisemit, der mehrfach den Wunsch artikuliert hat, Israel zu vernichten.

Die Konkurrenz zwischen den unterschiedlichen rechtsextremen Bewegungen der europäischen Nationen,

der Konflikt mit der Migrationsgesellschaft (Brück hat u.a. Israel für die Destabilisierung des Nahen Ostens verantwortlich gemacht und in dem Zusammenhang die steigende Zahl geflüchteter Menschen als direkte Folge der israelischen Politik gedeutet): diese Widersprüche hebt die rechtsextreme Szene in ihrem gemeinsamen Antisemitismus auf.

Die Idee friedlicher Kooperation der Nationen wird als Idealbild proklamiert, aber eben als ein Ideal, das nur in Abgrenzung zum jüdischen Staat und in Abgrenzung zu jüdischen Menschen aufrechterhalten werden kann.

unser Unglück“ legen Zeugnis ab über die antisemitischen Gesinnung der Szene.

Funktionäre der Partei „die Rechte“ wie z.B. Sascha Krolzig fallen wiederholt durch antisemitische Äußerungen auf, so wurde Krolzig zu sechs Monaten Haft wegen Beleidigung und Volksverhetzung verurteilt, weil er den Vorsitzenden einer jüdischen Gemeinde als „frechen Judenfunktionär“ beschimpft hatte.

Der Dortmunder Ratsherr Michael Brück von der Partei „Die Rechte“ lässt keine Gelegenheit verstreichen, seinen Antisemitismus öffentlich zur Schau zu stellen. Nicht umsonst lautete der Name seines Internetversandhandels für rechtsextreme Devotionalien aller Art „antsem.it“. Auftritte mit palästinensischer Fahne im Stadtrat und die Forderung, der Oberbürgermeister dürfe nicht nach Israel reisen, gehören schon lange zu seinem Propagandarepertoire.

Im Rahmen eines WDR-Beitrags erklärte Michael Brück, dass er keinen Grund sähe, warum die Öffentlichkeit sich



Michael Brück

### **„Wer Deutschland liebt, ist Antisemit“**

Der Antisemitismus wird aber nicht nur in seiner israelbezogenen Ausdrucksweise in der Öffentlichkeit artikuliert. Aussagen und Parolen wie z.B. „wer Deutschland liebt, ist Antisemit“, „der ewig Feind ist und bleibt...“, „Antisemiten kann man nicht verbieten“, „Ob Dortmund, Erfurt oder Buxtehude: der Feind ist und bleibt...“ und „Israel ist

über die Nachfrage im Stadtrat nach der Anzahl jüdischer Mitbürger in Dortmund durch seinen Vorgänger Dennis Giemisch erregt habe: „Wir haben eine Nachfrage gestellt, wie viele jüdische Mitbürger in Dortmund leben, um die Bedeutung dieser Gruppe einschätzen zu können.“

Angesichts der alljährlichen Versuche der rechtsextremen Szene, zu deren führenden Köpfen Brück gezählt werden kann, die Dorstfelder Gedenkveranstaltungen an die Pogromnacht vom 9. November 1938 zu stören, spricht die Anfrage und deren Verteidigung durch die rechtsextremen Ratsherren eine deutliche Sprache.

Neben der offenen antisemitischen Agitation spielt auch die offensive Verleugnung der nationalsozialistischen Verbrechen eine zentrale Rolle für die Propaganda. Die Kampagne für die Freilassung der Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck wird federführend von der Dortmunder Parteizentrale aus organisiert. Prominente Unterstützer



Foto: Marcus Arndt

der Partei, wie der ehemalige Leiter der Dortmunder Feuerwehr Klaus Schäfer, standen zudem bereits wegen Leugnung des Holocausts vor Gericht.

Der positive Bezug auf den Nationalsozialismus und damit auf die Ideologie des Antisemitismus hat zur Folge, dass die Neonazis zum einen ihren Antisemitismus als soziales Engagement gegen vermeintliche Unterdrücker präsentieren und zum anderen die

Verbrechen ihrer ideologischen Vorgänger leugnen, um sich selbst moralisch ins Recht zu setzen.

Insofern bewegt sich die Partei „die Rechte“ beständig zwischen offen artikuliertem Hass auf Juden, der Anklage vermeintlicher jüdischer Verbrechen und der Leugnung der deutschen Verbrechen an den Juden, die wiederum durch die Anklage gegen Juden und den Staat Israel relativiert werden.

## **Die Holocaust-Leugnerin, „Die Rechte“ und die Neonazis in Dortmund**

Seit der Festnahme und Inhaftierung der notorischen Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck im Mai 2018 laufen Rechtsextremisten aus Dortmund dagegen „Sturm“ – und ihre Propagandamaschine zum Zwecke der Freilassung der mittlerweile 90-jährigen und die Abschaffung des § 130 StGB (Volksverhetzung) auf Hochtouren.

### **Die Federführung der Haverbeck-Kampagne findet in Dorstfeld statt**

Verantwortlich dafür zeigen sich Markus Walter, Kreisvorsitzender aus dem Rhein-Erft-Kreis der neonazistischen Partei „Die Rechte“, sowie die beiden

in Dorstfeld wohnenden Bundesvorsitzenden Michael Brück und Sascha Krolzig.

Haverbeck genießt durch ihre abstrusen Thesen und abenteuerlichen Geschichten aus ihrer NS-Zeit unter den Verschwörungstheoretikern und Neonazis ein ebenso hohes Ansehen wie Rudolf Hess. 1928 als Ursula Meta Hedwig Wetzel geboren und aufgewachsen im Hessischen Winterscheid, wurde sie (frühestens) 1938 Mitglied im Jungmädelsbund, einem weiblichen Zweig der Hitlerjugend.

Nach Ende des Krieges studierte sie Pädagogik, Philosophie und Sprachwissenschaften. Später lernte sie ih-

ren späteren Ehemann, den Nationalsozialisten Werner Georg Haverbeck kennen.

### **Ehepaar gründete das „Collegium Humanum“ – Schulungszentrum für Nazis aller Art**

1963 gründete der ehemalige NS-Funktionär in Vlotho mit seiner späteren Frau das „Collegium Humanum“, eine „Akademie für Umwelt und Lebensschutz“. Im Laufe der Jahre avancierte das Schulungszentrum zu einem Zentrum für völkischen Nationalismus, Antisemitismus und Holocaustleugnung und wurde zu einem Schulungsort und

Anlaufpunkt für Neonazis, Verschwörungstheoretiker und Reichsbürger.

Georg Werner Haverbeck trat zusammen mit Ursula Wetzel auf verschiedenen rechtsextremen Veranstaltungen auf und verbreitete seine abstrusen Theorien und Lehren über den Holocaust, Rassenreinheit und Volksgemeinschaft. 1970 heiratete Haverbeck seine Lebensgefährtin, welche nach seinem Tod die Leitung der „Akademie“ bis zu ihrem Verbot durch Innenminister Wolfgang Schäuble 2008 übernahm.

Holocaustleugner wie der Schweizer Bernhard Schaub oder Horst Mahler gaben sich dort die Klinke in die Hand und gründeten später den „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“. Ursula Haverbeck verstand es durch ihre Erfahrungen im Jungmädelsbund schnell, Jugendliche mit ihrem Gedanken-Geschwurbel und ihrer den Holocaust leugnenden Propaganda zu beeinflussen und für ihre „Sache“ zu begeistern.

### **Die heute 90-Jährige kann ein beachtliches Strafregister vorweisen**

Frau Haverbeck kann mittlerweile auf ein beachtliches Strafregister zurückblicken. 2004 wurde sie vom Amtsgericht Bad Oeynhausen erstmals wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 5400 Euro verurteilt.

Sie hatte mehrfach u.a. in ihren eigenen Publikationen den Holocaust geleugnet, indem sie angab, dass das Konzentrationslager Auschwitz kein Vernichtungslager, sondern ein Arbeitslager der Rüstungsindustrie gewesen und der Holocaust ein „Mythos“ sei. Haverbeck stellte die Behauptung auf, dass die Zahl der jüdischen Opfer nicht sechs Millionen, sondern „nur“ ca. 500.000 betragen haben soll.

2007 verurteilte sie das Landgericht Dortmund zu 6000 Euro Geldstrafe. Sie vertrat die These, dass Hitler einen „göttlichen Auftrag im weltgeschicht-

lichen Rahmen“ hatte und nicht vom „geglaubten“ Holocaust oder seiner „angeblichen“ Kriegsbesessenheit getrieben sei. 2009 beschäftigte sich abermals das Amtsgericht Bad Oeynhausen mit der notorischen Holocaustleugnerin: Dem Mindener Tageblatt zufolge hatte Haverbeck der Vorsitzenden des Zentralrates der Juden einen Brief geschrieben, in welchem sie diese beleidigte und bedrohte. Für Sätze wie: „Machen Sie so weiter wie bisher, dann könnte sich ein neues Pogrom ereignen, das entsetzlich würde“, kassierte Haverbeck erneut eine Geldstrafe von 2700 Euro.

### **Ursula Haverbeck: „Den Holocaust gibt es gar nicht. Das ist sowas wie der Weihnachtsmann oder Osterhase für Erwachsene.“**

2010 verurteilte das Landgericht München Haverbeck zu sechs Monaten Haft auf Bewährung und 1000 Euro Geldstrafe. Sie diffamierte in satirischer Weise in einer von ihr herausgegebenen Schmähschrift auf über 70 Seiten Jüdinnen und Juden als LügnerInnen und gab Sätze zum besten wie: „Den Holocaust gibt es gar nicht. Das ist sowas wie der Weihnachtsmann oder Osterhase für Erwachsene.“



2015 leugnete sie erneut den Holocaust – diesmal in der NDR-Sendung „Panorama“ und bezeichnete ihn als die „nachhaltigste Lüge der Geschichte.“ Vor dem Hamburger Amtsgericht wollte Haverbeck mit Hilfe von Zeugen beweisen lassen, dass in Auschwitz kein Mensch vergast worden sei. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt und das Gericht setzte eine Gefängnisstrafe von zehn Monaten ohne Bewährung fest. Gegen dieses Urteil legte Haverbeck Berufung ein.

2016 kassierte Haverbeck dann gleich mehrere Haftstrafen: Im Februar 2016 schrieb Haverbeck erneut eines ihrer Pamphlete – diesmal an den Bürgermeister von Detmold und teilte ihm mit, dass Auschwitz „eindeutig erkennbar“ ein Arbeitslager gewesen sei. Den gegen sie angewendeten § 130 StGB (Volksverhetzung) nannte Haverbeck im Prozess ein „Gesetz zum Schutz einer Lüge“. Acht Monate Haft ohne Bewährung lautete das Strafmaß im September 2016.

Einen Monat später wurde Haverbeck erneut wegen Volksverhetzung vom Amtsgericht Bad Oeynhausen zu einer Haftstrafe von elf Monaten ohne Bewährung verurteilt. Haverbeck leugnete auf ihrer Internetseite erneut den Massenmord an den Juden.

### **Haverbeck mit ihrer Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht**

Im November 2016 dann das dritte Urteil mit 18 Monaten Haft ohne Bewährung. Diesmal vom Amtsgericht Verden. Haverbeck verteilte nach ihrer Verurteilung im September 2016 im Gericht Schriftstücke, in denen sie den Holocaust als „Propagandalüge“ bezeichnete.

Im Februar 2017 musste sie erneut vor das Amtsgericht Detmold, um sich dort erst zehn Monate und dann später in der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht 14 Monate Haft wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung abzuholen.





Sechs Monate Haft gab es vom Amtsgericht Berlin Tiergarten im Oktober 2017 nochmal wegen der bekannten Volksverhetzung. Haverbeck legte auch hier Berufung ein.

2018 scheiterte Haverbeck ebenso mit ihrer Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht gegen ihre zahlreichen Bestrafungen. Sie wendete sich gegen ihre erneute strafrechtliche Verurteilung wegen der Leugnung der nationalsozialistischen Judenverfolgung nach § 130 Abs. 3 StGB. Eine Bestrafung wegen Leugnung des nationalsozialistischen Völkermordes sei grundsätzlich mit dem Grundrecht auf Meinungsfreiheit vereinbar, teilte das Gericht in Karlsruhe mit. Haverbecks Verfassungsklage sei deshalb nicht zur Entscheidung angenommen worden. (Az. 1 BvR 673/18)

## **Ursula Haverbeck ist auf dem Olymp der Holocaust-Leugner angekommen**

Im Mai 2018 erfolgte dann der Strafantritt Haverbecks in der JVA Bielefeld zur Verbüßung der Freiheitsstrafen. Nachdem sie nicht freiwillig zum Haftantritt erschienen war, beantragte die Staatsanwaltschaft Verden einen Vollstreckungshaftbefehl, ließ Haverbeck in ihrem Haus in Vlotho festnehmen und in die JVA nach Bielefeld bringen.

Vor dem Haftantritt ernannten die Dortmunder Neonazis der Partei „Die Rechte“ Ursula Haverbeck zu ihrer Spitzenkandidatin der Europawahl 2019. Denn für die Neonazi-Szene ist Haverbeck mehr als bedeutsam: Mit ihrer Hil-

fe möchten die Neonazis demonstrieren, wie das „System“ die vermeintliche Wahrheit unterdrückt und Rechtsextremisten und Holocaustleugner verurteilt.

Zugleich fungiert die „freundliche alte Dame“ Haverbeck mit ihrer notorischen Shoaleugnung und ihren Verurteilungen als Vorbild für zukünftige Neonazis, welche perfide in die Fänge der rechtsextremen Splitterpartei gelockt werden sollen. Eine bessere „Märtyrerin“ konnten die Rechtsextremisten seit Rudolf Hess nicht finden.

## **Neonazis demonstrieren vor der Justizvollzugsanstalt Bielefeld**

Mehr als 400 Neonazis aus Deutschland und angrenzenden Ländern demonstrieren bereits vor der JVA Bielefeld gegen die Inhaftierung Haverbecks und karrten Redner an, wie den in Berlin fristlos gekündigten Lehrer Nikolai Nerling, in der rechtsextremen Szene besser bekannt als der „Volkslehrer“.

Er verbreitet seit geraumer Zeit auf Demonstrationen und Youtube menschenverachtende und antisemitische Propaganda. Die Berliner Schulverwaltung kündigte ihn daraufhin im Mai 2018 fristlos.

Aber auch der Schweizer Holocaustleugner Bernhard Schaub – Gründer der „Europäischen Aktion“ (ein Zusammenschluss von Holocaust-Leugnern) – hielt vor der JVA eine seiner menschenverachtenden Reden zugunsten Haverbecks.

## **Ausstehende Berufungsverhandlungen: Auf die 90-Jährige warten weitere Haftstrafen**

Fakt ist, dass auf Haverbeck weitere Urteile wegen Volksverhetzung und Leugnung des Holocaust warten – zusätzlich zu ihrer bereits angetretenen zweieinhalbjährigen Haftstrafe. Insgesamt könnten ihr rund fünf Jahre Haft blühen.



Aufgrund der Solidarität von Neonazis, Verschwörungstheoretikern und Holocaustleugnern besteht jedoch ein erhebliches Risiko, dass sie sich dem Antritt der weiteren Strafe entzieht und ins Ausland flüchtet, so dass Fluchtgefahr besteht, bestätigte auch die Leiterin der JVA Bielefeld-Senne, Kerstin Höltkemeyer-Schwick, gegenüber den Medien und bescheinigte der Holocaustleugnerin eine Nichteignung für den offenen Vollzug bei ihrem Haftantritt. Somit wurde Haverbeck umgehend in den geschlossenen Vollzug gebracht – sehr zum Unmut der Rechtsextremen.

Anlässlich ihres 90. Geburtstages am 8. November 2018 organisierten Neonazis für den 10. November eine weitere Demo in der Stadt am Teutoburger Wald, zu der mehrere hundert Rechtsextreme und eine vierstellige Zahl von Gegendemonstranten kamen.

Marcus Arndt



# Kirchturmbesetzung:

## Juristisches Nachspiel einer abgekupferten Aktion



Fotos: Marcus Arndt

Die Aktion verfehlte ihre Wirkung nicht: Die kurzzeitige Besetzung des Kirchturms der Stadtkirche St. Reinoldi in Dortmund durch Neonazis im Dezember 2016. Die Schlagzeilen war den Aktivisten und Unterstützern der Partei „Die Rechte“ sicher, obwohl sie die Idee geklaut hatten.

Gegen elf Beschuldigte aus der rechtsextremen Szene wird wegen des Verdachts der Nötigung und des Hausfriedensbruchs ermittelt. Sie waren in die Kirche eingedrungen und hatten auf dem Turm Pyrotechnik gezündet und ein anti-islamisches Banner gehisst.

Aber auch gegen Hausherrin Susanne Karmeier wurde ermittelt: Als Zeichen gegen die Neonazi-Propaganda hatte die evangelische Pfarrerin geistesgegenwärtig reagiert und die mächtigen Glocken von St. Reinoldi eingeschaltet. Die Parolen der Neonazis waren daher unten auf dem Weihnachtsmarkt nicht zu hören.

### Elf Anklagen gegen Neonazis

Neonazi-Ratsherr Michael Brück hatte gegen sie Anzeige wegen Körperverletzung erstattet, weil die Pfarrerin die Kirchenglocken angeschaltet hatte. Dies war den Kirchturmbesetzern zwar kein sprichwörtlicher Dorn im Auge, wohl aber ein Klingeln in den Ohren.

Weil die Polizei die Neonazis in Handschellen abführte, konnten diese ihre Ohren nicht zuhalten. Daher erstatte-

ten die Eindringlinge Anzeige wegen Körperverletzung. 13 Monate nach der Besetzung des Kirchturms der Reinoldikirche durch die Neonazis hat die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren gegen Pfarrerin Susanne Karmeier eingestellt.

Stattdessen sind die Anklageschriften gegen insgesamt elf Neonazis fertig. Acht werden wegen Nötigung und Hausfriedensbruchs angeklagt, drei weitere wegen Beihilfe. Darunter ist auch Ex-Feuerwehrchef Klaus Schäfer. Dieser hatte mit zwei weiteren Beschuldigten Flugblätter zu der Aktion auf dem Weihnachtsmarkt verteilt.

Nicht angeklagt ist hingegen Michael Brück. Er hatte weder an der Besetzung selbst teilgenommen, noch war er mit Flugblättern angetroffen worden. Er hatte lediglich die Anzeige erstattet und so das Verfahren gegen die Pfarrerin in Gang gebracht. Mit einem Verfahren gegen die beschuldigten Neonazis ist nach Aussage des Amtsgerichts frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2019 zu rechnen.





# Die Medienstrategie der Neonazis

„Wer Deutschland liebt, ist Antisemit!“ mit diesen Sprechchören - begleitet von Bengalo-Fackeln bei einer Demonstration durch Dorstfeld und Marten gegen angebliche Polizeiwillkür im September 2018 - brachte Dortmund wieder bundesweit und in Teilen international in die Schlagzeilen. Doch was war daran wirklich schlagzeilenträchtig und was (leider) Normalität bei Neonazi-Demos? Wie funktioniert die Medienstrategie der Neonazis?

## **Feuerwerkskörper und Bengalos sind ein alter Hut**

Bengalos, Pyrotechnik und Böller – nicht aus der Demo heraus gezündet, sondern am Straßenrand bzw. auf Hausdächern – sind nichts Neues bei Demos durch Dorstfeld und Marten. Sie sorgen allerdings für spektakuläre Bilder. Daher setzen die Neonazis diese auch gezielt ein – an ausgewählten Orten und Szenarien, um damit für Begeisterung in eigenen Reihen und für medial verwertbare Bilder zu sorgen. Die Polizei hat nach eigenen Angaben alle Werfer bzw. Zündler identifiziert und wolle sie strafrechtlich belangen. Das sollte aber noch kein Grund sein, dass sich nun auch Größen aus der Bundespolitik zu Wort melden.

## **Widerliche Parole: „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit“**

Erstmals zu hören – zumindest in Dortmund – waren die Sprechchöre „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit“. Absolut geschmacklos und moralisch verwerflich. Allerdings ist die Parole nicht neu. Sie war in den vergangenen Jahren mehrfach auf anderen Demos im Bundesgebiet zu hören. Beim sogenannten „Tag der deutschen Zukunft“ 2017 – quasi vor der Haustür des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe – sorgte das aber nicht für ein bundesweites Medienecho.

Damals waren die Dortmunder Neonazis ebenfalls beteiligt – sogar an der Organisation. Ein juristisches Nachspiel, geschweige denn Urteile dazu gab es offenbar nicht. Daher muss man wohl abwarten, wie ein Gericht in Dortmund darüber entscheiden wird, falls es überhaupt zu einem Verfahren kommt. Die Staatsanwaltschaft hat im Frühjahr 2019 gegen acht von zunächst 15 Beschuldigten Anklage wegen Volksverhetzung erhoben.

Zumindest taucht diese widerliche Parole jetzt im Auflagenbescheid der Polizei

auf, so dass diese künftig nicht mehr auf Neonazi-Demos skandiert werden darf. Mittlerweile stehen viele andere Geschmacklosigkeiten und Verrohungen mit Verbalangriffen und Verhöhnungen von Opfern nationalsozialistischer Gewalt, politisch Andersdenkender und auch die Polizei auf der „Sperrliste“.

Doch hätte die Polizei die Demo deswegen beenden sollen, nachdem die Polizeiführung sich mit ihren Verfügungen gegen die Neonazi-Demo am selben Tage sowohl vor dem Verwaltungsgericht in Gelsenkirchen, als auch anschließend vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster Niederlagen eingehandelt hat? Wohl eher nicht. Bisher hat die Polizei in Dortmund übrigens noch nie Demonstrationen der Neonazis beendet, wenn sie diese im Vorfeld nicht verbieten konnte.

## **Hätte die Polizei die Demo überhaupt beenden können?**

Die spannende Frage ist allerdings: Hätte die Polizei die Demo mit den bis zu 100 TeilnehmerInnen in Dorstfeld und später 70 TeilnehmerInnen in Marten überhaupt beenden können? Denn augenfällig war das Polizeiaufgebot



deutlich geringer als bei vergleichbaren Einsätzen in Dortmund. Rund ein Dutzend Zivilbeamte und Staatsschützer, dazu einige uniformierte Beamte in Streifenwagen. Die Kräfte einer Hundertschaft hielten sich im Hintergrund bereit. Offenbar war die ausgegebene Devise: Deeskalation. War das zu wenig und nicht angemessen? Oder bestand, weil es keinerlei angemeldete Gegenproteste gab, kein Grund dazu?

Besteht wirklich ein Zusammenhang mit einem zeitgleichen Großeinsatz der Polizei in der Nordstadt unter den „wachsamen Augen“ des NRW-Innenministers? Oder den Einsätzen im Hambacher Forst? Standen für den Einsatz in Dorstfeld und in Marten daher zu wenig Beamte zur Verfügung? Oder war das so gewollt und Einsatztaktik? Dazu wird sich die Polizeiführung erklären müssen. Intern bewertet man den Einsatz als nicht wirklich gelungen. Man kann die Frage stellen, warum sich ein CDU-Innenminister nicht auch die Parolen und T-Shirts der Neonazis ansehen und anhören sollte oder wollte. Doch ist der Kampf gegen organisierte Kriminalität nicht auch löblich, wichtig und gefordert? Sind nicht die gefühlten und manchmal auch berechtigten Ängste der Menschen ein (!) Grund für das Erstarken gegen RechtspopulistInnen und Neonazis?

Wie bedrohlich war die Demonstration? Augenscheinlich blieben die Ausfälle gegenüber Unbeteiligten und auch JournalistInnen vergleichsweise gering. Beschimpfungen, Provokationen, Übergriffe und auch das Bespucken von MedienvertreterInnen blieben weitestgehend aus. Das ist ansonsten traurige Realität bei solchen Aufmärschen. Die Neonazis hatten sogar ihre TeilnehmerInnen im Vorfeld aufgefordert, ruhig zu bleiben und das geringe Polizeiaufgebot nicht auszunutzen.

## **Ist manchmal auch verbale Abrüstung nötig?**

Sind also die Twittermeldungen, die für das bundesweite Echo sorgen, übertrieben? So sehen es die Neonazis. Sven Skoda, einer der führenden Agitatoren und Lautsprecher der Rechten auf Demos, sieht es so und verbindet es zugleich mit einer Drohung gegen einen namentlich nicht genannten Twitterer, dem er vorwirft, den Vorfall „auf(zu)bausehen und zu einem riesigen Skandal (zu) machen.“ Zitat Skoda: „Aus drei Feuerwerkskörpern wird die Meldung, Nazis drehen hier vollkommen frei. Mal ernsthaft und unter uns gesprochen: Würden die Nazis hier vollkommen frei drehen, hätte der Mann bei Twitter keine einzige Meldung mehr geschrieben“, ruft er unter dem Gejohle der Neonazis ins Mikro.

Die Meinung eines Nazi-Hetzers könnte eigentlich egal sein. Aber die Stadtgesellschaft in Dortmund nervt es gewaltig, dass die Neonazis es immer wieder schaffen, für bundesweite oder sogar internationale Schlagzeilen sorgen. Nicht wenige JournalistInnen durchschauen die Strategie nicht, weil es ihnen egal ist oder sie nur auf Schlagzeilen und Klicks aus sind.

Doch der Mechanismus ist immer derselbe: Geplante Provokationen sorgen für erwartbare mediale Reaktionen. „SS-Siggi“ als Spitzenkandidat bei der Kommunalwahl 2014 schaffte es sogar bis auf das Titelblatt der New York Times.

## **Kritik an reißerischen Beiträgen in überregionalen Medien**

Anderes wurde zumindest bundesweit thematisiert: Das 25-Punkte-Programm als Anleihe bei der NSDAP, der „Stadtschutz Dortmund“ als Reaktion auf die ebenso groteske „Scharia-Polizei“ in Wuppertal, die in mehreren Bundesländern eingesetzten Wahlplakate mit dem juristisch nicht zu beanstandenden Spruch „Wir hängen nicht nur Plakate“, der zu erwartende Aufschrei bei den zahlreichen Ratsanfragen zu

Juden, Aidskranken und Minderheiten, die von den Identitären geklaute Aktion der Kirchturmsbesetzung oder auch jetzt die bekannte Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck als Spitzenkandidatin für die Europawahl. Die Reihe ließe sich endlos fortsetzen.

Diese Splitterpartei, die gerade mal ein Prozent bei der Kommunalwahl erreicht hat und es noch nicht mal in ihrem selbst erklärten Nazi-Kiez in die Bezirksvertretung geschafft hat, macht wieder bundesweit auf „dicke Hose“.

Muss also auch von Seiten der Politik, von AktivistInnen in sozialen Netzwerken und bei den überregionalen Medien mitunter verbal abgerüstet werden? Zumindest dann, wenn man die örtlichen Gegebenheiten nicht kennt und daher nicht vergleichen kann? Erweist man der eigentlich guten Sache dann nicht einen Bärendienst und spielt den Neonazis in die Karten? Und machen nicht die Reaktionen von führenden BundespolitikerInnen, die auf aufgeblasene überregionale Berichterstattungen reagieren, die Sachen nicht viel größer als sie sind?

Das kann und darf solche Verbalausfälle wie den Antisemitismus-Ausspruch nicht entschuldigen. Doch genau wie die Bengalos und die Pyrotechnik war diese Provokation mit Sicherheit genau geplant. Solche Demos sind von den Führungskadern choreografiert. Die Pyrotechnik von teils maskierten Aktivisten sind keine spontanen Beifallsbekundungen aus der Bevölkerung, sondern geplante Aktionen. Daher muss man überlegen, ob man als Medium oder Aktivist nach jedem Knochen schnappt, den Neonazis den Medien hinwerfen.

Die Splitterpartei „Die Rechte“ freut es natürlich, dass sie es mal wieder bundesweit in die Medien geschafft hat. Mehr Wirkung konnten sie mit einer ansonsten absolut durchschnittlichen Aktion nicht verbuchen. Die Reaktionen darauf waren „so gut“, dass sie sogar auf die Demo am Folgetag verzichten haben. Mehr Öffentlichkeit ging eben nicht.

# CoBa-Yana

## Wege aus dem Rechtsextremismus –

### Beratung, Begleitung, Prävention

Im Fokus der Arbeit von CoBa-Yana (Abkürzung für „Come-Back - You Are not Alone“) stehen neben Aussteigern aus der aktiven rechtsextremen Szene auch junge Menschen, die gefährdet sind in die Szene abzudriften. Um einen Ausstieg vor dem Einstieg zu fördern, entwickelt CoBa-Yana Konzepte für die Aufklärung, Deradikalisierung und Prävention, die gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren und Institutionen aus der Stadt Dortmund umgesetzt werden.

Neben der Unterstützung bei Distanzierungsprozessen und der Arbeit mit gefährdeten Jugendlichen verfolgt CoBa-Yana das Ziel, Personen zu unterstützen, die im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit und in ihrem sozialen Umfeld

mit rechtsextremen Personen konfrontiert werden. Unsere Präventions- und Interventionskonzepte richten sich an Multiplikator\*innen, die private Kontakte zu Personen des rechtsextremen Spektrums haben oder mit gefährdeten Jugendlichen arbeiten.

Zum einen sensibilisieren und qualifizieren wir Fachkräfte aus dem Lebensumfeld von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die Umgang mit der rechtsextremen Szene pflegen oder gefährdet sind in diese abzurutschen. Zum anderen erlernen Multiplikator\*innen Handlungskompetenzen und Methoden für die Auseinandersetzung mit rechtsextremorientierten oder gefährdeten Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Die Qualifizierungsangebote zielen darauf ab, in Form von professioneller Beziehungsarbeit Veränderungsimpulse bei gefährdeten Menschen zu setzen. Multiplikator\*innen werden qualifiziert, rechtsextremes Denken und rechtsextreme Vorurteile zu erkennen, selbstständig auf gefährdete Jugendliche zuzugehen und zu erkennen, wann für eine Ausstiegs- bzw. Distanzierungsberatung oder eine Einstiegspräventionsmaßnahme der Kontakt zu CoBa-Yana hergestellt werden sollte.

**CoBa-Yana (Abkürzung für „ComeBack-You are not alone“)**  
**Telefon: 0231 84194260**  
**Mobil: 0173 547650**  
**e-Mail: [info@coba-yana.de](mailto:info@coba-yana.de)**  
**Internet: [www.coba-yana.de](http://www.coba-yana.de)**

#### info

#### Wer wir sind?

- Eine Anlaufstelle rund um das Thema Rechtsextremismus, Einstiegsprävention und Ausstiegsberatung für Betroffene und Ratsuchende in Dortmund
- Kompetente Ansprechpartner\*innen im Feld der Prävention und Deradikalisierung
- Ein Unterstützungsangebot für Familien, Schulen, Vereine, die Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen haben
- Beratungseinrichtung und Hilfsangebot

#### info

#### Was bieten wir an?

- Mit jungen Menschen und deren Umfeld gemeinsame Lösungswege erarbeiten und Lebensalternativen entwickeln
- Sensibilisierung und Schulung von Multiplikator\*innen
- Ein umfassendes Beratungs- und Hilfsnetzwerk aufzubauen
- Stärkung der Handlungssicherheit im Umgang mit dem Rechtsextremismus
- Früherkennung von potentiell gefährdeten Jugendlichen in vom Rechtsextremismus betroffenen Sozialräumen

## Kontaktadressen

**BackUp/ComeBack e.V. –  
Westfälischer Verein für die  
offensive Auseinandersetzung mit  
dem Rechtsextremismus e.V.**

[www.backup-comeback.de](http://www.backup-comeback.de)  
Stefanstr. 2 · 44135 Dortmund  
E-Mail: [info@backup-comeback.de](mailto:info@backup-comeback.de)

**Bagrut e.V. – Verein zur Prävention  
von Antisemitismus in NRW**

[www.bagrut.de](http://www.bagrut.de)  
Postfach 10 02 03 · 44702 Bochum  
E-Mail: [nrw@bagrut.de](mailto:nrw@bagrut.de)

**Dortmunder Arbeitskreis gegen  
Rechtsextremismus**

[www.dortmund-rechts.de](http://www.dortmund-rechts.de)  
Ostwall 17-21  
(DGB Dortmund-Hellweg)  
44135 Dortmund  
Telefon: 0231-5570440  
E-Mail: [dortmund@dgb.de](mailto:dortmund@dgb.de)

**Elternberatung - Informations-  
und Dokumentationszentrum für  
Antirassismusbearbeitung in NRW**

[www.ida-nrw.de/themen/  
rechtsextremismus/  
elternberatungsnetzwerk](http://www.ida-nrw.de/themen/rechtsextremismus/elternberatungsnetzwerk)  
Volmerswerther Str. 20  
40221 Düsseldorf  
Telefon: 0211-1592555  
E-Mail: [info@ida-nrw.de](mailto:info@ida-nrw.de)

**Fan-Projekt Dortmund**

[www.fanprojekt-dortmund.de](http://www.fanprojekt-dortmund.de)  
Dudenstr. 4 · 44137 Dortmund  
Telefon: 0231-72124292  
E-Mail:  
[kontakt@fanprojekt-dortmund.de](mailto:kontakt@fanprojekt-dortmund.de)

**Jugendamt Dortmund –  
Respekt-Büro**

[www.dortmund.de/respekt](http://www.dortmund.de/respekt)  
Rheinische Str. 135  
44147 Dortmund  
Telefon: 0231-47798461  
E-Mail: [respekt@dortmund.de](mailto:respekt@dortmund.de)

## Kontaktadressen

### **Mahn- und Gedenkwache Steinwache**

<http://www.ns-gedenkstaetten.de/nrw/dortmund>  
Steinstraße 50 · 44147 Dortmund  
Telefon: 0231-5025002  
E-Mail:  
stadtarchiv-dortmund@stadtdo.de

### **Mobile Beratung gegen Rechts- extremismus im Regierungsbezirk Arnsberg**

[www.mbr-arnsberg.de](http://www.mbr-arnsberg.de)  
Iserlohner Str. 25 · 58239 Schwerte  
Telefon: 02304-755190  
Mobil: 0152-01773272  
E-Mail: [netzwerk@afj-ekvw.de](mailto:netzwerk@afj-ekvw.de)

### **NinA NRW – Neue Wege in der Ausstiegsberatung für rechtsextreme Jugendliche und Erwachsene in NRW**

[www.nina-nrw.de](http://www.nina-nrw.de)  
Am Steintor 3  
45657 Recklinghausen  
Telefon: 0176-93119765  
E-Mail: [nina.nrw@reinit.de](mailto:nina.nrw@reinit.de)

### **Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage**

[www.schule-ohne-rassismus.org](http://www.schule-ohne-rassismus.org)  
Ruhrallee 9 · 44139 Dortmund  
Telefon: 02931-82521409  
E-Mail: [renate.bonow@bra.nrw.de](mailto:renate.bonow@bra.nrw.de)  
[katharina.miekley@bra.nrw.de](mailto:katharina.miekley@bra.nrw.de)

### **Spurwechsel – Aussteiger- programm Rechtsextremismus Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen**

[www.aussteiger.nrw.de](http://www.aussteiger.nrw.de)  
Haroldstr. 5 · 40213 Düsseldorf  
Telefon: 0211-837100  
E-Mail: [kontakt@aussteiger.nrw.de](mailto:kontakt@aussteiger.nrw.de)

### **Stadt Dortmund – Kordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie**

[www.dortmund.de/vielfalt](http://www.dortmund.de/vielfalt)  
Friedensplatz 1 · 44122 Dortmund  
Telefon: 0231-5026450  
E-Mail: [vielfalt@dortmund.de](mailto:vielfalt@dortmund.de)



# COBA-YANA

Wege aus dem Rechtsextremismus | Beratung, Begleitung, Prävention

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die AutorInnen die Verantwortung.

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

Demokratie **leben!**



**WIR IN DORTMUND**  
für Vielfalt, Toleranz und Demokratie

[www.vielfalt.dortmund.de](http://www.vielfalt.dortmund.de)

